

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 184.

Mittwoch, den 9. August 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Parteigenossen!

Die Marokkoaffäre hält seit Wochen Europa in Erregung. Der von Frankreich und Spanien unter Bruch der Algecirasakte unternommene Versuch, Teile Marokkos unter ihren militärischen und politischen Einfluß zu bringen, kam unseren alldeutschen Kriegshegern sehr gelegen. Seit Jahren, besonders aber seit der Landung Wilhelms II. in Tanger, verlangten sie zur Förderung ihrer kapitalistischen Ausplünderungsgelüste eine Aufteilung Marokkos.

Die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach dem marokkanischen Hafen Agadir, angeblich um die Interessen Deutschlands in jenen Gegenden zu schützen, fand in den Kreisen der Prozentpatrioten und ihrer Söldlinge jubelnde Zustimmung. Glaubte man doch, seinem Ziele nähergekommen zu sein. Zugleich erschien der dadurch geschaffene Konflikt geeignet, die Massen von der trostlosen Situation in der inneren Politik Deutschlands abzulenken, wo sie durch indirekte Steuern und Zölle ausgeplündert werden, durch die Reichsversicherungsordnung entrechtet und in Preußen um ihre staatsbürgerliche Gleichberechtigung betrogen wurden.

Die sozialdemokratische Presse hat gegen diese frivole Politik nachdrücklich Einspruch erhoben. In zahlreichen Massenversammlungen hat die Arbeiterklasse Anfang Juli gegen das Marokko-Abenteuer protestiert und durch imposante Massendemonstrationen in Berlin und Paris haben die deutschen und französischen Arbeiter ihre Solidarität bekundet und erklären lassen, daß sie sich nicht wie willenlose Hammelherden auf die Schlachtbank treiben lassen, sondern bereit sind, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Frieden zu sichern. In ähnlichem Sinne haben sich die Arbeitervertreter im englischen Parlament erklärt.

Noch ist nicht bekannt, zu welchen Ergebnissen der bisherige Diplomatenstachler führte. Das dringende Verlangen des Volkes nach Aufklärung hat der deutsche Absolutismus souverän mißachtet.

Nun scheint die das Licht des Tages scheuende Schachermacherei eine neue Wendung genommen zu haben. Konservative und nationalliberale Kolonialinteressenten und deren Hintermänner, die einflussreichen Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten, die Armeelieferanten und Börsenfürsten, denen bei einem Kriege Riesenprofite winken, toben wegen einer angeblich dem „Vaterlande widerfahrenen Schmach“, wegen eines „schmachvollen Dmüß der deutschen Diplomatie“ und erheben ein wütendes Kriegsgeheul!

Diesem verbrecherischen Treiben gilt es, Einhalt zu gebieten!

Gegen den Gedanken wegen der Marokkohändel einen völkermörderischen Weltkrieg zu entfachen, muß machtvoll Protest erhoben werden.

Die Sozialdemokratie ist eine konsequente Gegnerin des Imperialismus. Sie weist in Erinnerung der schweren Opfer an Gut und Blut, die das deutsche Volk bisher schon für die Kolonien in Asien und Afrika bringen mußte, jede Erweiterung des deutschen Kolonialbesitzes auch durch irgendwelche Kompensationen entschieden zurück. Neue Kolonien würden nur neue Lasten und Gefahren für das deutsche Volk bringen.

Die deutsche Sozialdemokratie fordert, daß endlich der deutsche Reichstag einberufen wird, damit die Volksvertretung Gelegenheit hat, bei dieser, die vitalsten Interessen des Volkes berührenden Frage entscheidend mitzuwirken.

Es ist notwendig, daß das Volk in Massenversammlungen diese Forderung selbst

erhebt. Gegen den Willen der breiten Volksmassen ist heute kein Krieg mehr möglich.

Deshalb: Auf, gegen das Marokko-Abenteuer!

Nieder mit den Kriegshegern!

Berlin, den 8. August 1911.

Der Parteivorstand
der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Steuerfragen.

I.

Im System des Marxismus fehlt der Abschnitt über Besteuerung, der in den Systemen der großen bürgerlichen Ökonomen eine wichtige Rolle spielt. In der ursprünglichen Absicht von Marx hat das kaum gelegen. „Ich betrachte“, heißt es im Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, „das System der bürgerlichen Ökonomie in dieser Reihenfolge: Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit, Staat, auswärtiger Handel, Weltmarkt. Unter den drei ersten Rubriken untersuche ich die ökonomischen Lebensbedingungen der drei großen Klassen; der Zusammenhang der drei anderen Rubriken springt in die Augen.“ Es ist wahrscheinlich, daß in dieser ursprünglichen Disposition die Behandlung der Steuerprobleme in dem Abschnitt „Staat“ erfolgt wäre. Doch diese Disposition ist nie ausgeführt worden, und im System des „Kapital“ war für die Steuerfrage kein Raum. Denn die Untersuchung über die Wirkung der Steuern erfordert eine Analyse der Markterscheinungen, wie sie sich aus den Konkurrenzverhältnissen und deren Gestaltung in allen Einzelheiten ergeben. Gerade die Betrachtung der Konkurrenzerscheinungen fiel aber außerhalb des Rahmens des „Kapital“, das die allgemeinen Bewegungsgesetze der kapitalistischen Entwicklung, das der Konkurrenz zugrunde liegende Gesetz aufdeckt. So blieb die Steuerfrage ausgeschaltet.

Nirgends aber tritt der Klassencharakter der Politik, der ökonomische Charakter politischer Machtkämpfe unmittelbar und klarer zutage als in den Kämpfen um die Verteilung der Steuerlast. So war es kein Zufall, sondern es lag in der Natur der Dinge, daß Lassalle, als er das deutsche Proletariat zum Klassenbewußtsein erweckte, den Klassencharakter des Staates vor allem auch an der Art der Steuerverteilung aufzeigte, indem er zugleich der Arbeiterklasse die Stellung zwies, die sie in diesen Kämpfen einnehmen mußte. Mit der Sicherheit, die ihn auszeichnete, griff Lassalle den politisch springenden Punkt heraus und gab ihm zugleich die agitatorisch wirksamste, weil dem allgemeinen Verständnis zugänglichste Form. Indem er die indirekten Steuern als das Mittel nachwies, die Staatsaufgaben auf die Schultern der Unbemittelten abzuladen, indem er ihre Wirkung aufzeigte, die Belastung in um so stärkerem Verhältnis zu steigern, je geringer das Einkommen, machte er den arbeitenden Massen mit einem Schlage das klar, worauf es für sie in allererster Linie ankommt: die Konfiskation eines Teiles ihres Arbeitseinkommens, ihres Lohnes, durch den Staat zu verhindern. Und so schlagend hat Lassalle diese volksfeindliche Wirkung der indirekten (Verbrauchs-) Steuern nachgewiesen, daß seine Schrift „Die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klassen“, die auch heute noch wie übrigens auch die übrigen glänzenden Schriften Lassalles von jedem Arbeiter gründlich studiert werden sollten, auch von der bürgerlichen Wissenschaft als unwiderlegbar anerkannt wurde. Erklärt doch z. B. Adolf Wagner die sachlichen Behauptungen Lassalles für größtenteils unanfechtbar. Wenn die bürgerliche Finanzwissenschaft trotzdem für indirekte Steuern eintritt, weil angeblich anders die Staatsbedürfnisse nicht befriedigt werden können, so offenbart sie damit eben nur, daß sie das bürgerliche Interesse über die eigene wissenschaftliche Einsicht stellt.

Lassalles Ausführungen mußten dem deutschen Proletariat um so mehr als völlig ausreichend scheinen, als seit der Reichsgründung von den herrschenden Klassen das verruchte Dogma proklamiert und stets danach gehandelt wurde, daß dem Reiche nur indirekte Steuern zustehen sollten. Das war die offene Proklamation fast völliger Steuerfreiheit der besitzenden Klassen im Reiche. Der Kampf gegen die indirekten Steuern wurde so der Hauptinhalt der sozialdemokratischen Steuerpolitik. Der bürgerlichen Forderung stellte sie die Forderung einer progressiven Reichseinkommensteuer entgegen, die durch eine Vermögens- und Erbschaftsteuer ergänzt werden sollte. Gerade in diesen Kämpfen bewährte sich die Sozialdemo-

kratie als die rücksichtsloseste Verfechterin der Interessen der arbeitenden Massen. Und die Aufklärung, die sie über die Natur der indirekten Steuern schuf, war um so wichtiger, als gerade das Zentrum mit seinem starken Anhang arbeitender Schichten in diesem Punkt von Anfang an das nackte Besitzerinteresse vertreten und unter der Vorherrschaft hinjälliger staatsrechtlicher Bedenken direkte Reichssteuern bekämpft hat.

Jedoch so bedeutsam die Schrift Lassalles über die indirekten Steuern auch ist, so zwingend ihre Ausführungen zum allergrößten Teile auch heute noch sind, so macht sich doch das Bedürfnis zum Ausbau und zur Vertiefung der sozialdemokratischen Steuertheorie geltend. Die Steuerfragen treten überall in immer stärkerem Maße in den Mittelpunkt der inneren Politik. Der Imperialismus steigert die Ausgaben des Staates in wahnwitzigem Maße. Die Schutzpolitik vermehrt die Kosten der Lebenshaltung, erhöht die Ausgaben des Staates für sein immer mehr auswachsendes Beamtenheer, vertieft in Verbindung mit der Kartellierung und Vertrustung die Anschaffungskosten aller Staatsbedürfnisse.

So wird denn die Steigerung der Steuern zu einer internationalen Erscheinung, und die Steuerkämpfe erfüllen mit ihrem Lärm die innere Politik aller Staaten. Die starke Steigerung der Steuern in einer Periode der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung geht zugleich einher mit dem wachsenden Widerstand der sich immer enger zusammenschließenden Unternehmerorganisationen gegen den gewerkschaftlichen Kampf, dem wichtigsten und erfolgreichsten Mittel zur Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen. Es ist eine Situation, in der die Erbitterung der Massen stetig steigen muß, wenn sie sehen, daß gleichzeitig mit einer ganzen Reihe von Ursachen, die ihren Aufstieg bedrohen, auch noch die Politik der Kapitalistenklasse rasch steigende Ansprüche an den Staat stellt, für deren Kosten die arbeitenden Massen aufkommen sollen. So rücken die Steuerfragen in den Mittelpunkt des Interesses der Massen.

Dazu treten in Deutschland noch andere Momente. Die wahnwitzige Finanzwirtschaft des Reiches stellt an die Steuerkraft Anforderungen, die allein den Besitzlosen aufzuerlegen selbst einem Teil der Besitzenden bedenklich erscheint, um so bedenklicher, weil, dank der Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie und ihrer wachsenden Macht, der Widerstand gegen neue indirekte Steuern immer heftiger wird, immer weitere Kreise des Volkes auch über die organisierte Arbeiterklasse hinaus erfasst hat. Das Dogma, daß Reichssteuern indirekte Steuern sein müssen, ist so ins Wanken gekommen; immer mehr wird den Besitzenden klar, daß die indirekte Steuerlast, wenn überhaupt, nur unter größtem Widerstand und unter politisch einschneidenden Folgen zu erhöhen ist, daß sie wenigstens versuchen müssen, direkte Steuern gleichsam als Vorpann für die indirekten zu benutzen, eine gerechtere Verteilung wenigstens vorzuspiegeln, um die Erbitterung gegen die Politik nicht allzu groß werden zu lassen.

Dazu kommt der wachsende Einfluß der Sozialdemokratie auch in den Landtagen und Kommunen mit ihren mannigfachen und komplizierten Steuersystemen, die die Vertreter der Arbeiter künftig vor detaillierte Spezialprobleme stellen, die eine vertiefte Steuertheorie verlangen.

So wird die Steuerfrage für das Proletariat nicht nur immer wichtiger, sondern auch immer komplizierter. Die bestehenden Steuern bilden ein verwickeltes System, und es genügt häufig nicht, den Steuerforderungen der Herrschenden allein mit der Forderung der Einkommensteuer zu begegnen. Häufig bleibt nach Ablehnung dieser Forderung durch die Herrschenden noch übrig, die Entscheidung zwischen anderen Steuerkategorien zu fällen.

Die bürgerliche Finanzwissenschaft läßt uns hier aber völlig im Stich. Nicht nur weil sie bürgerlich ist, sondern auch, weil sie wissenschaftlich verfaßt. Nicht nur daß sie das bürgerliche Klasseninteresse, das sich bei ihr unter einer eigentümlich staatlichen Ideologie verbirgt, in ihren Resultaten vertritt, sondern sie führt die wissenschaftliche Analyse der Steuerprobleme überhaupt nicht bis zu einem befriedigenden Ende. Und dies aus guten Gründen. In letzter Linie handelt es sich bei den Steuerfragen um drei Reihen von Problemen: 1. aus welchen Teilen des jährlichen Einkommens soll die Steuer erhoben werden; 2. im Zusammenhang mit der ersten Frage, wie wirkt dieser gewaltsame Abzug auf die Gestaltung der Volkswirtschaft zurück; 3. erfüllt die Steuer ihre Absicht oder werden durch selbsttätige, vom Gesetzgeber ungewollte Verkehrsvorgänge diese Absichten vereitelt. Zur Beantwortung dieser Fragen gehört aber nationalökonomische Analyse, die genaue Kenntnis der einzelnen Bestandteile, in die das jährliche Einkommen zerfällt, also die Analyse der Verteilung der Revenuen in Arbeitslohn und Profit und die Spaltung des Gesamtprofits in Grundrente, Zins- und Unternehmergewinn, ferner die Kenntnis des jährlichen

Reproduktionsprozesses, der Vorgänge, die zu erneuter Produktion des Einkommens führen; drittens schließlich die genaue Kenntnis der Preisgesetze. Denn die Steuer bedeutet zunächst eine Verminderung irgendwelchen Einkommens. Nun streben aber in der kapitalistischen Gesellschaft die Profite zur Gleichheit. Einseitige Besteuerungen müssen so zu einer Änderung in der Verteilung von Kapital, damit von Nachfrage und Angebot und zu Preisänderungen führen, die unter Umständen ganz andere Wirkungen haben können, als sie der Gesetzgeber beabsichtigt hatte.

Da nun der bürgerlichen Finanzwissenschaft die wissenschaftliche Grundlage einer exakten Nationalökonomie abhandeln gekommen, so gründet sie sich immer mehr auf Ethik. Statt die ökonomischen Wirkungen der Steuern auf die Preisgestaltung zu untersuchen, dekretiert sie die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit dieser oder jener Steuern nach den obersten Prinzipien der Steuergerechtigkeit. Darunter versteht sie die gleichmäßige Heranziehung aller Staatsbürger zu den Staatsabgaben. Da aber in dieser schlechten Welt über die Steuerverteilung nicht die Gerechtigkeit, sondern die politische Macht entscheidet, bemüht sie als Beschwörerin des Bestehenden ihr schlechtes Gewissen mit ihrem zweiten Grundsatz, mit dem bequemeren Grundsatz der „finanziellen Ausreichendheit“, welches schönes Wort besagen soll, daß eben die Staatsabgaben unter allen Umständen gedeckt werden müssen. Verwirrt sie so nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit die indirekten (Verbrauchs-) Steuern, namentlich die Steuern auf die notwendigen Lebensmittel, so rechtfertigt sie diese dann hinterher nach dem zweiten Grundsatz damit, daß sie in bequemer Weise soviel einbringen, daß der Staat, soll heißen die herrschenden Klassen, nicht auf sie verzichten können, soll heißen wollen.

Es ist ohne weiteres verständlich, daß eine solche „Finanzwirtschaft“ auch gar nicht zu einem wirklich rationalen, wissenschaftlich aufgebauten Steuersystem kommen kann. Ihre Steuereinteilung richtet sich nach durchaus äußerlichen Merkmalen der Steuererhebung, statt nach der Steuerwirkung. Schon die Einteilung in direkte und indirekte Steuern bleibt an sich ungenügend. Praktisch hat das nicht so viel zu sagen gehabt, namentlich so lange die indirekten Steuern wesentlich Verbrauchsabgaben auf Lebensmittel waren, die direkten das Einkommen der Besitzenden trafen. Theoretisch aber ist diese Einteilung keineswegs ausreichend. Wenn, wie in Sachsen, bereits Einkommen von 400 Mk. an besteuert werden, so tröftet es den Ärmsten wenig, daß er das erhebende Bewußtsein hat, daß der Steuerraub an seinem ganz unzureichenden Lohn hier auf direkte Weise — durch die Einkommensteuer — vollzogen wird. Viele direkte Steuer wird ihm viel unerträglicher erscheinen als eine indirekte Steuer auf Auktern oder Champagner, womit übrigens diese Steuern, gegen die andere Gründe sprechen, auch keineswegs als ideale empfohlen sein sollen.

In der Einteilung der direkten Steuern selbst herrscht erst recht voller Wirrwarr. Als direkte Ertragssteuern werden so ganz verschieden wirkende Steuern, wie die Grundsteuer, die die Grundrente, die Erwerbssteuer, die den industriellen Profit, die Kapitalrentensteuer, die das Zinsertrags aus dem „mobilen“ Kapital, also aus Geldrenten und Aktienbesitz, und schließlich die Arbeitssteuern, die den Lohn treffen sollen, auf einen Haufen geworfen. Und doch ist es klar, daß eine Besteuerung der Grundrente in ganz anderem Maße möglich ist als — innerhalb kapitalistischer Verhältnisse — eine Besteuerung des industriellen Profits, aus dem die Neuanlage, die Akkumulation und die Erweiterung der Produktion zu bestreiten ist. Wieder ganz anders zu beurteilen sind die Lohnsteuern, und doch werden sie alle als Ertragssteuern ganz äußerlich in eine Gruppe zusammengefaßt. Ebenso rechnet man die Erbschaftsteuer, also die von Zeit zu Zeit erhobene Vermögenssteuer, zu den Verkehrssteuern und wirft sie zusammen mit grundverschiedenen anderen Steuern, wie überhaupt in diese Gruppe alles mögliche von ganz verschiedener Wirkung zusammengeworfen wird: die Quittungssteuer und der Scheckstempel ebenso wie die Börsensteuer und die Wertzuwachssteuer auf Grund und Boden.

Politische Rundschau

Deutschland.

Keine Einberufung des Reichstags.

Auf das Verlangen der Nationalliberalen, den Reichstag sofort einzuberufen, gibt nun ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ die natürlich ablehnend lautende Antwort. Es wird ausgeführt, wenn der Reichstag gegenwärtig tagte, könne der Reichskanzler in einer etwaigen Erklärung über den Stand der deutsch-französischen Verhandlungen nicht die Bürgschaft dafür übernehmen, daß es wirklich zu einer Einigung komme und daß die Verhandlungen nicht im letzten Augenblicke an einem nicht vorauszuweisenden Hindernis scheiterten. Deshalb sei es unmöglich, über eine diplomatischen Beratungen unterworfenen Frage in eingehende sachliche Erörterungen einzutreten. Erst wenn der Vertrag vorliege, werde sich der Reichstag ein Urteil bilden können, ob das Abkommen der Würde und den Interessen des Reichs entspreche.

Der Kampf gegen die Arbeiterturnerschaft

wird jetzt nach berühmten Mustern auch von den Behörden in Sachsen-Meinungen unternommen. Auf Grund des neuen Fortbildungsschulgesetzes hatten Zöglinge des Arbeiterturnvereins „Freie Turnerschaft“ in Saalfeld a/S. ein Gesuch an den dortigen Schulvorstand um Genehmigung zur Mitgliedschaft in der Freien Turnerschaft gerichtet, worauf ihnen vom Magistrat folgender Bescheid wurde: „Der Schulvorstand hält es nach § 13 des Fortbildungsschulgesetzes und der §§ 17 und 18 des Reichsvereinsgesetzes für unzulässig, der Freien Turnerschaft die Aufnahme von Fortbildungsschülern zu erlauben, da die Freie Turnerschaft ein politischer Verein ist. Schüler, die schon eingetreten sind, haben ihren sofortigen Austritt zu erklären.“

Die Freie Turnerschaft Saalfeld, die sich bis heute noch in keiner Weise politisch betätigt hat, wird die Gelegenheit vor Gericht bringen und dem Magistrat Gelegenheit geben, zu beweisen, inwiefern Arbeiterturnvereine politische Vereine sind.

„Maus mit ihm!“

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Pott hoff ist Reserveoffizier des 1. Bayerischen Trainbataillons; in der „Welt am Montag“ teilt nun Herr v. Gerlach mit:

„Herr Dr. Pott hoff habe bewiesen, daß er nicht bloß zu reden, sondern auch zu handeln verstehe. Als Reserveoffizier habe er bei den letzten preußischen Wahlen dem sozialdemokratischen Kandidaten als dem kleineren Übel seine Stimme gegeben, und die Militärbehörde habe sich wohl gehütet, gegen ihn vorzugehen.“

Diese Mitteilung gibt der „Deutschen Tageszeitung“ Anlaß zu folgender schäbiger Denunziation:

„Es kann sich bei dieser Mitteilung natürlich nur um die Landtagswahlen handeln, die öffentlich sind. Herr Dr. Pott hoff wohnte, wenn wir uns nicht irren, zur Zeit der letzten preußischen Landtagswahlen in Düsseldorf. Ob er als Urwähler einem sozialdemokratischen Wahlmann oder als Wahlmann einem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme gegeben hat, wissen wir nicht. Darüber äußert sich auch Herr v. Gerlach nicht näher. Sollten Herrn v. Gerlachs Angaben richtig sein, so würde das bayerische Kriegsministerium auf einem anderen Standpunkte stehen als das preußische, — auf einem Standpunkte, der uns schlechthin unverständlich wäre und zu den schlimmsten und bedenklichsten Konsequenzen führen könnte, ja müßte.“

Man darf gespannt sein, ob der bayerische Kriegsminister dem Druck von Berlin aus, der jetzt einsetzt büßte, nachgeben wird.

Das erste Debut des elsass-lothringischen Nationalen Bundes.

Der Nationale Bund ist am Sonntag zum ersten Male in einer großen Versammlung in die Öffentlichkeit getreten. Die Versammlung, die in K o l m a r stattfand und von über 1000 Personen besucht war, endete mit einer vollständigen Niederlage der Veranstalter.

Als Redner des Nationalen Bundes sprach der Reichstags-Abgeordnete P r e i ß 1 1/2 Stunden. Ihm sekundierten noch vier andere Redner des Bundes aus den verschiedenen Teilen des Landes. Von den andern Parteien traten verschiedene Redner dem Nationalen Bund entgegen, insbesondere sprach von der sozialdemokratischen Partei unter stürmlichem Beifall in längerer Rede der Genosse G r u m b a c h aus P a r i s. Der sozialdemokratische Redner brachte eine Resolution ein, welche den Nationalen Bund aufs schärfste verurteilt. Das Bureau der Versammlung legte jedoch die Resolution nicht zur Abstimmung vor, da die weitaus überwiegende Mehrheit der Versammlung auf Seiten der ihrer Gegner stand.

Nach Schluß der Versammlung wurde die Resolution gegen eine geringe Mehrheit von Anhängern des Nationalen Bundes angenommen.

Das fünfte Rad am Wagen.

Wie die „Post“ aus München erfahren haben will, wird auf Anregung Bayerns Ende August oder, wenn die Umstände es gebieten, vorher der Ausschuß des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten in Berlin zusammentreten, um sich mit der Marokko-Angelegenheit zu befassen. — Sehr wahrscheinlich klingt diese Nachricht nicht, denn dieser Bundesratsausschuß, in dem Bayern den Vorsitz führt, ist eine Einrichtung, die fast nie in Funktion getreten ist. Insbesondere ist dieser Ausschuß, der so recht das fünfte Rad am Wagen bildet, nie in auswärtigen Angelegenheiten v o r h e r um seinen Rat gefragt worden.

Reform des Religionsunterrichts.

Eine Versammlung von Schulmännern und liberalen Theologen, besonders aus Sachsen, Mittel- und Norddeutschland beschloß Sonntag, den 6. August, in Sena die Gründung eines Bundes für Reform des Religionsunterrichts, der vor allem für die Selbstständigkeit der Schule gegenüber der Kirche eintreten soll. In den engeren Vorstand wurden gewählt: Professor Rein (Sena) als Vorsitzender; Professor Weinel (Sena), Lehrer Krohn (Hamburg), Oberlehrer Spanuth (Hameln), Pastor Steffen (Hamburg).

Württembergische Steuermacherei.

Die Württembergische Zweite Kammer hat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Volksparteier das Lotteriegesetz angenommen. Der sozialdemokratische Redner wandte sich in scharfen Worten gegen das Lotteriewesen. Die Sozialdemokratie könnte ihre Zustimmung zu dem verwerflichen Institut der Lotterie nicht geben, sie verlange, daß das Gleichgewicht des Etats auf ehrlichem, offenen und gerechten Wege hergestellt werde.

Zu lebhaftesten Debatten kam es sodann über die Beschlüsse der Ersten Kammer zum Sportelgesetz. Die von den „hohen Herren“ beschlossene Fahrradsteuer wurde von der Zweiten Kammer abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit brandmarkte der sozialdemokratische Redner den Standpunkt des Berichterstatters der Ersten Kammer, der sich dazu verfliegen hatte, die Steuer auf Luxusperde als einen „veratorischen Eingriff in Privatverhältnisse“ zu verwerfen, die Fahrradsteuer aber als „eine gerechte und billige Steuer“ zu bezeichnen. Der sozialdemokratische Redner bezeichnete die Fahrradsteuer als den Gipfel der Ungerechtigkeit. — Leider ist es nicht gelungen, die von der Ersten Kammer wieder eingefetzte Sportel auf Feuerbestattungen unmöglich zu machen. Die Sportel soll für jede Bestattung 3 Mark betragen. Ihre Annahme war nur möglich durch den Umsfall einiger Nationalliberaler.

Kriegsschiffe als Notstandsarbeiten.

Der „Reichsbote“ verdient es, als Staatsklown auf Regierungskosten gedruckt zu werden. Jetzt ist er wieder einmal dabei, nachzuweisen, daß die rund 1400 Millionen Mark, welche Jahr für Jahr für unsere Heeres- und Marinebegeisterung erforderlich sind, eigentlich dem deutschen Volke nichts weiter seien als die produktivsten

und nützlichsten Ausgaben, die es überhaupt machen könne. Er meint: „Warum lassen denn in Zeiten der Not Komunen fogenannte Notstandsarbeiten ausführen? Um der untersten Schichten des Volkes Brot zu schaffen und damit auch den kleinen Erwerbserfindungen, dem Krämer und Bäcker usw., die gewohnten Einnahmequellen erhalten. Wenn also schon Notstandswegebauten Handel und Wandel unzweifelhaft beleben, wieviel mehr muß z. B. der regelmäßige Bau von mächtigen Kriegsschiffen der Industrie, ihren Arbeitern, ihren Rohstofflieferanten, kurz und gut, jeder Hand zugute kommen, die sich durch und für die Industrie rührt?“

Daß Krupp allein im Jahre 1910 einen Reingewinn von 23 Millionen Mark einstecken konnte, daß die Lippelskirch, Bobbielski und Konsorten Millionen über Millionen verdienen konnten, daß die großen Werftaktiengesellschaften, die Tausende von pensionierten Offiziere — die zumeist noch im rüstigsten Mannesalter geschäftig werden — Jahr für Jahr Hunderttausende und Millionen verschlingen — dies ist alles weiter nichts als — Notstandsarbeiten! Es geht doch nichts über einen richtigen Idealpatrioten. Es muß immer und immer wieder festgehalten werden, daß Ausgaben, die zu nichts weiter dienen, als Fernführungsmittel zu schaffen, niemals produktiv sein können. Auch hier wieder noch einmal ganz davon abgesehen, daß die Ausgaben für Heer und Marine nur dadurch möglich sind, daß dem Volke Millionen abgepreßt werden müssen, um derlei „Notstandsarbeiten“ bezahlen zu können.

Trotz alledem bleibt der „Reichsbote“ bei der Hige als unbezahlter Staatsklown für alle vernünftigen Menschen ein — Notstand.

Bürgerliche Polen unter sich.

Die rückständigste Kompanie im Regiment der Parteien des Reichstages ist unstreitig die polnische Fraktion. Sedes reaktionäre Vorgehen, das sich nicht direkt und ausschließlich gegen die Polen richtet, macht diese Sorte Volksvertreter mit. Wie sich die bürgerlichen Polen aber unter sich behandeln, das dringt deshalb nur selten in die Öffentlichkeit, weil die polnische Presse über den Kreis der Polen hinaus wenig beachtet zu werden pflegt. Gegenwärtig liegen sich die polnischen Zeitungsverleger Kulerski, Graudenz und Teska-Bromberg in den Haaren und behandeln sich in folgender lebenswürdiger Weise:

„In der Kulerskischen „Gazeta Grudziadzka“ (vom 3. August) heißt es u. a.: „Solche Leute, die ihr Ehrenwort sehr leichtfertig auf die Zunge nehmen, es ohne Skrupel brechen, also direkt keine Ehre haben, kennt Herr Teska sehr genau, denn zu solchen Persönlichkeiten gehört er selbst. Ein einer der Bromberger Intelligenz angehörigen Person gegebenes Ehrenwort hat Teska schändlich gebrochen. Teska hat somit keine Ehre, und da verlangt er, daß andere mit ihm vor ein Ehrengericht gehen! — Dem Abg. Kulerski ist es unmöglich, mit einem Menschen vor das Ehrengericht zu treten, der sich ihm für ein Darlehen von einigen tausend Mark vermietet, den „Dziennik Bydgoski“ zu „allen Diensten“ zur Verfügung stellen wollte. Mit solchen Zeitungs-Messerhelden, die wie ein italienischer Bandit bereit sind, ihr Messer für Geld bald diesem, bald jenem zu leihen, stellt sich ein Mensch, der Selbstachtung besitzt, nicht vor ein Ehrengericht. Einen solchen Messerhelden übergibt man im Falle der Unverbesserlichkeit dem Gericht bzw. dem Henker zum Durchprügeln, denn das ist das einzige Mittel für ihn.“

Teska selbst erhebt gegen Kulerski auch schwere Anklagen; er wirft ihm vor, daß er seine Wähler mit Wurst und Bier beeinflusst, sich selbstbezahlte Kränze als Ehrenbezeugungen habe schicken lassen, Leute gedungen zu haben, die ihm in Versammlungen gegen Bezahlung Beifall klatschten, mit päpstlichen Segen Schwindel getrieben zu haben und dergleichen mehr. Der „Dziennik Bydgoski“ bedauert es, daß ein Kulerski Abgeordneter geworden sei. Das polnische Volk müsse es aber endlich einsehen, daß man einen Hanswurst zum Abgeordneten nicht wählen darf.“

Frankreich.

Die Champagner-Unruhen vor Gericht.

Am Montag begannen vor dem Schwurgericht in Douai die Verhandlungen gegen 47 Winzer der Marne, darunter zwei Frauen, die angeklagt sind, die großen Winzerunruhen in der Champagne verursacht zu haben. Man erinnert sich, daß im Dezember 1910 und im Februar 1911 in Hautvillers, Damery und Venet mehrere Handeshäuser gestürmt wurden. Die Winzer drangen in die Keller ein und ließen den Wein auslaufen. Sie behaupteten, er werde von anderen Winzergebieten eingeführt und hier zu Champagner verarbeitet. Infolge einer Abstimmung des Senats vom 11. April d. J. wuchs die Erregung im Marnegebiet. Der Senat hatte die Regierung aufgefordert, die Abgrenzung abzuschaffen. Schon am Abend des 11. April wurde ein Haus in Day gestürmt. Später verwüsteten 6000 Winzer das Dörfchen Ay. Infolge dieser Ereignisse wurde die Champagne mit Truppen besetzt, die erst im Juli zurückgezogen wurden. Die gerichtliche Untersuchung führte zur Verhaftung von 120 Personen. Schließlich wurden 47 Angeklagte dem Schwurgericht überwiesen. Im ganzen werden vier Fälle unterschieden: 1. Ereignisse in Vinay: 2. Ereignisse in Damery: 3. Ereignisse in Epernay: 4. Ereignisse in Ay und Day: 36 Angeklagte. Die vier Angeklagten, die am Montag zuerst vor dem Gericht erschienen, sind nicht vorbestraft und genießen einen guten Ruf. Sie haben nach der Meuterei von Ay das Haus Blondelle in Vinay gestürmt und einige tausend Liter Wein auslaufen lassen. Alle erklärten, daß die Not sie zu den Ausschreitungen getrieben habe. Der Präsident des Geschworenengerichts setzte den Geschworenen die Ursache der Unruhen in der Champagne auseinander. Dann erschien das „Opfer“ der Ausschreitungen der vier Angeklagten, der Händler Blondelle, der den erlittenen Schaden zuerst auf 10 000 Fr. angegeben hatte, in der Sitzung aber nur von 3 500 Fr. sprach. Er ist schon zu 50 Fr. Buße und 6000 Fr. Schadenersatzleistung verurteilt worden, weil er aus fremden Gewächsen hergestellte Weine als Champagner verkauft hatte. Wie eine Depesche aus Douai berichtet, sind bereits sieben Winzer freigesprochen.

worden, nämlich die wegen der Ereignisse in Vinar und in Danern angeklagten. Die Geschworenen sind offenbar mitbe gestimmt, da es sich um Bauern und nicht um Arbeiter handelt.

Spanien.

Unter der liberalen Herrschaft. Wolffs Bureau meldet aus Madrid, 8. August: Ein spanischer Sozialist, welcher in einer vom französischen und spanischen Arbeiterverband abgehaltenen Protestversammlung gegen den Krieg in fetter Rede die Soldaten aufforderte, im Falle des Krieges auf die Offiziere zu schießen, wurde verhaftet. Er soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Ministerpräsident Canalejas beauftragte den Gouverneur von Barcelona, wo gleichfalls Protestveranstaltungen stattfinden sollen, den Vertretern des französischen Arbeiterverbandes zu erklären, sie würden ausgewiesen, falls sie an die Arbeiter Barcelonas antimilitaristische Reden richteten. Daß der spanische Sozialist die Soldaten aufgefördert habe, auf ihre Offiziere zu schießen, ist natürlich eine der üblichen Lügen, die den Gewaltstreich beschönigen sollen. Der Zweck des Vorgehens der spanischen Behörden ist lediglich, jede Agitation gegen das Marokkoabenteuer zu unterdrücken.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 9. August.

Das Parteisekretariat, Johannisstraße 50, ist vom 9. bis 28. dieses Monats nur in den Abendstunden von 6 1/2 bis 8 Uhr geöffnet.

Achtung, Böttcher und Böttcherehilfsarbeiter! Bei der Firma Fricke u. Co. legten heute morgen sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. Zugang ist streng fernzuhalten.

Achtung, Tapezierer! Der Streik ist beendigt. Zugang ist aber trotzdem streng fernzuhalten, da die sämtlichen im Streik gestandenen Kollegen noch außer Arbeit sind. Der Vorstand.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter! Über die Arbeiten des Unternehmers Beth in Badendorf ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Sperre verhängt. Die Zweigvereinsleitung.

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche gestern Abend im Gewerkschaftshaus tagte, war nur mäßig besucht. Der Vorsitzende, Genosse Löwig, gedachte zunächst der verstorbenen Mitglieder Ernst Köster, Hartlas und Wulf, deren Andenken von den Anwesenden in der üblichen Weise geehrt wurde. Auf Antrag des Vorstandes beschloß die Versammlung sodann, am 31. August eine Kassafest zu veranstalten. Mit den Vorarbeiten wurde ein siebenköpfiges Komitee betraut. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Parteitag in Jena. Genosse Stelling betonte, daß dieser Parteitag sicherlich zum Austrag größerer Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei keinen Anlaß gebe. Zwar seien in bezug auf die Marokkofrage Stimmen der Unzufriedenheit mit der Haltung des Parteivorstandes laut geworden; nach eingehender Prüfung der Sachlage aber könne man dem Parteivorstand keinen Vorwurf machen. Zu billigen sei die Haltung der Fraktion in der Frage der elsäß-lothringischen Verfassungsreform, und bei der Beratung der Reichsverfassungsreform. Die hiergegen erhobenen Angriffe seien nicht berechtigt. Bedauerlich sei, daß bei der Abstimmung über die Verfassungsreform 7 Reichstagsabgeordnete unserer Partei aus der Reihe getanz hätten und daß ferner die Fraktion sich bei der Beratung der Ley Wagner in zweiter Lesung habe überrumpeln lassen. Das Meistertum des Genossen Bebel über die Reichstagswahlen werde recht wertvoll für die Wahl-agitation sein. Mit der Mahnung, jetzt schon mit Nachdruck in die Bürgerschafts- und Reichstagswahl-agitation einzutreten, schloß Redner seine Ausführungen. Genosse Diez beschäftigte sich hauptsächlich und in ausführlicher Weise mit der Maifeier, die auf dem Parteitage in Jena vom Genossen Pfannschuß behandelt werden soll. Die gegenwärtige Form der Maifeier sei unhaltbar und müsse deshalb geändert werden. Als verfehlt seien auch die Abmachungen über den Maifeierfonds zu betrachten, der niemals zur Unterstützung einer größeren Anzahl Ausgesperrter ausreichen könne. Redner trat auch für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses betr. Abgabe eines Tagesverdienstes ein, der zwar einen durchaus berechtigten Kern habe, aber dessen Durchführung viel Zwist und Zänkereien im Gefolge hatte. Hoffentlich werde der Parteitag dazu dienen, die Einigkeit der Partei zu fördern und ihr neue Waffen zu liefern. In der Debatte nahm zunächst der Genosse Nagle das Wort, der es kritisierte, daß der Parteivorstand in der Marokkoaffäre keine größere Protestaktion eingeleitet habe. Die Maifeier müsse in der bisherigen Form fortbestehen. Redner stellt und begründet folgenden Antrag: „Der Parteitag wolle beschließen: In allen Landes- und kommunalen Körperschaften, in denen das freie Wahlrecht noch nicht besteht, haben die betreffenden Landesorganisationen daselbst zu fordern, eine lebhaftige Agitation dafür in die Wege zu leiten und eventl. Straßendemonstrationen zu organisieren.“ Genosse Schmidt beantragte: „Der Parteitag möge beschließen, daß die Maifeierfrage mit auf die Tagesordnung des nächsten internationalen Sozialistenkongresses gesetzt werde.“ Genosse Th. Schwarz meinte, die Marokko-Affäre sei ein Bluff für die Wähler; trotzdem hätte der Parteivorstand eine Aktion einleiten müssen. Er verteidigt dann in längerer Ausführungen die Haltung der Reichstagsfraktion bei der elsäß-lothringischen Verfassungsreform und der Ley Wagner. Genosse Mehrlein kritisiert es scharf, daß bei der Abstimmung über die elsäß-lothringische Verfassungsfrage sieben besonders radikale Mitglieder der Fraktion aus der Reihe getanz hätten. Beschlüsse der Fraktion müssen von allen Mitgliedern befolgt werden. Redner bekennet sich als Anhänger von Straßendemonstrationen, hält aber den Antrag Nagle für unzumutbar. Weiter meint er, in den Parteivorstand müßten süddeutsche Genossen gewählt werden. Genosse Mehrlein stellt schließlich folgenden Antrag: „Der Parteitag spricht die Ermahnung aus, daß der Vorwärts-Verlag seine wohlfeilen Broschüren noch mehr verbilligt, um sie den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Vor allem sollten populärer geschriebene Agitationsbroschüren für die Landbevölkerung veröffentlicht werden. Die als Kulturbilder bezeichneten in letzter Zeit sehr zweifelhaft illustrierten Sammlungen sind nicht weiter zu fördern.“ Genosse Salomon tritt namentlich für die Änderung der Form der Maifeier und für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses ein. Er stellt folgende Anträge: 1. „Der Parteitag möge beschließen, um eine einheitliche Maifeier für die Gesamtarbeiterschaft zu ermöglichen, die Feier des 1. Mai durch große, der Würde des Tages entsprechende Veranstaltungen auf den Abend des 1. Mai zu verlegen, da vorläufig eine strikte Arbeitsruhe am 1. Mai undurchführbar

erscheint.“ 2. „Der Parteitag möge den Nürnberger Beschlusse (Antrag 90), betreffend Abgabe des Tagesverdienstes der Partei- und Gewerkschaftsbeamten zum 1. Mai wieder aufheben.“ Genosse Bromme befürwortet demgegenüber die Beibehaltung der Maifeier in ihrer jetzigen Form. Genosse Stelling bittet gleichfalls um Ablehnung des Antrages Nagle, da der Parteitag den einzelnen Landesorganisationen nach dieser Richtung hin nicht vorgehen werde. Redner verteidigte nochmals das Verhalten des Parteivorstandes in der Marokko-Affäre und wies darauf hin, daß derselbe schon, falls erforderlich, Schritte unternehmen werde, nachdem in Preußen bereits Protest gegen die Kriegsheereisen erhoben sei. In der Abstimmung wurden die Anträge der Genossen Schmidt und Mehrlein angenommen, die übrigen Anträge abgelehnt. — In eingehender Weise setzte nunmehr Genossin Schlomer die Bedeutung der Frauenkonferenz aus einander und betonte deren Wichtigkeit für die proletarischen Frauen. — Entsprechend dem Vorschlage der Parteileitung wurde beschlossen, zum Parteitage zwei Delegierte und zur Frauenkonferenz eine Delegierte zu entsenden. Gewählt wurden die Genossen Diez und Stelling als Parteitage-Delegierte, Genosse Ehlers als Stellvertreter und Genossin Schlomer zur Frauenkonferenz. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Löwig, noch in eindringlicher Weise ersucht hatte, den Milchkonsum nach Möglichkeit einzuschränken, erfolgte Schluß der Versammlung.

Als getreue Schildknapen der Milchverkäufer erweisen sich wieder einmal die bürgerlichen Blätter Lübeck's dadurch, daß sie einen langen Artikel der Milchverteilungsgenossenschaft zum Abdruck bringen, in dem die Überverteilung der Milchkonsumenten damit zu rechtfertigen versucht wird, daß die Agrarier bemüht sind, auch anderorts den Konsumenten das Fell über die Ohren zu ziehen. Und die liberale „Eisenbahn-Zeitung“, die bemüht ist, sich bei den Landbündlern beliebt zu machen, betont ausdrücklich, daß der Milchkrieg zurzeit eine unberechtigte Maßnahme sei. Wie können die Konsumenten es sich auch herausnehmen „zurzeit“ sich gegen die agrarische Überverteilung zu wehren? Das schmerzt und schädigt doch die Milchverkäufer und deren allzeit getreue „G.Z.“ Die wertvolle Bevölkerung ersieht aber aus dem Geschiebe der Milchverteilungsgenossenschaft und ihrer journalistischen Trabanten, daß der Milchkrieg seine Wirkung ausübt. Es gilt daher, die Milch noch mehr als bisher zu meiden, auch die angeblich unverteuerte Flaschenmilch, um so einen vollen Erfolg der Konsumenten zu erreichen.

Die neue Maß- und Gewichtsordnung für das Deutsche Reich tritt am 1. April 1912 in Kraft. Wir sehen uns daher veranlaßt, auf die nachfolgenden, aus dem Gesetz ausgehogenen und für die Gewerbetreibenden wichtigsten Paragraphen und Erläuterungen hinzuweisen: Zum Messen und Wägen im öffentlichen Verkehr, sofern dadurch der Umfang von Leistungen bestimmt werden soll, dürfen nur geeichte Maße, Gewichte und Wagen angewendet und bereit gehalten werden. Zum öffentlichen Verkehr gehört der Handelsverkehr auch dann, wenn er nicht in offenen Verkaufsstellen stattfindet. Auch zur Ermittlung des Arbeitslohnes in fabrikmäßigen Betrieben dürfen nur geeichte Maße, Gewichte und Wagen angewendet und bereit gehalten werden. Weisungsweise werden zukünftig alle Handwerker, welche den Preis ihrer Lieferungen nach der Einheit von Maß oder Gewicht berechnen, sich geeichter Maß- und Wiegegeräte bedienen müssen: So der Maler, welcher die angelegene Wandfläche nach Quadratmetern, der Maschinenbauer, welcher das gelieferte Schwungrad nach Gewicht bestimmt. Ebenso hat die Ermittlung von Arbeitsleistungen nach Maß und Gewicht durch geeichte Maß- und Wiegegeräte zu erfolgen. Es werden daher künftig auch die zur Feststellung der Dualität einer Ware dienenden Meßgeräte, sofern sich nach dem Ergebnisse dieses Messens oder Wägens der Umfang von Leistungen, z. B. der Kaufpreis bestimmen soll, im Verkehr nur gebraucht werden dürfen, wenn sie geeicht sind. (Hierzu gehören z. B. die Getreidemessungen). Auch die Landleute sind verpflichtet, sich geeichter Wagen und Gewichte zu bedienen. Für den Verkauf meingetrigger Flüssigkeiten nach Stärkegraden dürfen nur geeichte Thermo-Alkoholometer, für die entgeltliche Abgabe von Gas nur geeichte Gasmesser angewendet und bereit gehalten werden. Wein, Obstwein und Bier dürfen bei fakweisem Verkauf dem Käufer nur in solchen Fässern überliefert werden, welche auf ihren Raumgehalt geeicht sind. Eine Ausnahme findet bezüglich desjenigen ausländischen Weines, Obstweines oder Bieres statt, dessen Weiterverkauf in den Originalgebinden erfolgt. Die Eichung besteht in der vorchriftsmäßigen Prüfung und Stempelung der Meßgeräte durch die zuständige Behörde, sie ist entweder Neueichung der Maßeichung. Die dem eichpflichtigen Verkehr dienenden Meßgeräte sind innerhalb bestimmter Fristen zur Neueichung zu bringen. Die Fristen innerhalb deren die Neueichung vorzunehmen und zu wiederholen ist, betragen bei a) den Längenmaßen, den Flüssigkeitsmaßen, den Meßwerkzeugen für Flüssigkeiten, den Hohlmaßen und den Meßwerkzeugen für trockene Gegenstände, den Gewichten, den Wagen für eine größte zulässige Last bis ausschließlich 8000 Kilogramm, sowie den Fässern für Bier zwei Jahre, b) den Wagen für eine größte zulässige Last von 3000 Kilogramm und darüber, den festfundamentierten Wagen und den Fässern für Wein und Obstwein drei Jahre. Die Frist beginnt mit dem Ablauf desjenigen Kalenderjahres, in welchem die letzte Eichung vorgenommen worden ist. Bei Fässern, in denen Wein gelagert ist, endet die Neueichungsfrist nicht, bevor das Faß entleert worden ist. Gasmesser sind von der Neueichung ausgenommen. Im eichpflichtigen Verkehr ist die Anwendung und Vereichung von unrichtigen Massen, Gewichten, Wagen, Thermo-Alkoholometern und Gasmessern, sowie die Anwendung von unrichtigen Fässern untersagt. Als unrichtig gelten diejenigen Meßgeräte, welche über die vom Bundesrate festgesetzten Grenzen Verkehrsfehlergrenzen) hinaus von der Richtigkeit abweichen. Zur Eichung sind nur zuzulassen: Längenmaße, welche dem Meter oder seinen ganzen Vielfachen entsprechen ferner 0,5, 0,2, 0,1 Meter. Körpermaße, welche dem Kubikmeter, dem halben Kubikmeter, dem Hektoliter, dem halben Hektoliter oder den ganzen Vielfachen dieser Meßgrößen entsprechen. Ferner Maße von 20, 10, 5, 2, 1, 0,5, 0,25, 0,2, 0,1, 0,05, 0,02, 0,01 Liter Raumgehalt. Gewichte von 50, 20, 10, 5, 2, 1 Kilogramm; 500, 250, 200, 125, 100, 50, 20, 10, 5, 2, 1 Gramm; 500, 200, 100, 50, 20, 10, 5, 2, 1 Milligramm. Wer in Ausübung eines Gewerbes den Vorschriften der Maß- und Gewichtspolizei zuwiderhandelt wird mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft. Der Ausübung eines Gewerbes im Sinne dieser Vorschrift steht der Geschäftsbetrieb von Vereinen auch insoweit gleich, als er sich auf Mitglieder beschränkt. Für diejenigen Meßgeräte, welche beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits mit einem die Zeit ihrer Eichung oder letzten Neueichung bezeichnenden Jahreszeichen versehen sind, beginnen die festgesetzten Fristen für die Neueichung oder deren Wiederholung mit dem Ablauf des so bezeichneten Kalenderjahres, für diejenigen Meßgeräte, die noch kein Jahreszeichen tragen, mit dem Ablauf des Jahres 1912.

An Staatsfeuern und Abgaben gingen im Monat Juli 1911 beim hiesigen Steuerbureau ein: Einkommen-

steuer 48 448,27 Mk., Wertzuwachssteuer 7027,— Mk Grundsteuer 180 154,63 Mk., Erbschaftsteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftsteuer, 8680,46 Mk., Veräußerungsabgabe 26 602,06 Mk., Stempelabgaben 10 518,80 Mk., Schiffsabgaben 51 631,69 Mk., Gewerbesteuer 678,10 Mk., zusammen 328 510,81 Mk. gegen 177 641,80 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin in diesem Jahre 150 869,01 Mk. mehr. In der Zeit von 1. April bis Ende Juli gingen insgesamt 1 720 102,34 Mark ein gegen 1 892 737,63 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 1911 mehr 327 364,70 Mk.

Die Einnahmen der Lübeck-Büchener Eisenbahn betragen im Monat Juli provisorisch 1 076 411 Mk., gegen das Vorjahr mehr 55 173 Mk. Seit dem 1. Januar betragen die Einnahmen 5 514 799 Mk., gegen das Vorjahr mehr 324 486 Mark. Trotz dieser günstigen Finanzabläufe sträubt die Gesellschaft sich gegen Verkehrs-erleichterungen.

Doppel-Badeanstalt: Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 8. August, morgens 6 Uhr: Wasser 23, Luft 17; morgens 10 Uhr: Wasser 23 1/2, Luft 25; mittags 12 Uhr: Wasser 24, Luft 25; abends 6 Uhr: Wasser 24 1/2, Luft 23 Grad Celsius. Zahl der Badenden; etwa 2000 männliche (darunter — Klasse mit — Schülern) und 2000 weibliche Personen.

Handelsregister. Am 7. August 1911 ist eingetragen 1. bei der Firma Friedrich Bluhme Jepsen in Lübeck: Jähriger Inhaber: A. H. Chr. Müller, Kaufmann und beidseitiger Bücherrevisor in Lübeck. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Parfümeriegeschäft ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch den Kaufmann und beidseitigen Bücherrevisor Müller ausgeschlossen. Die Firma lautet jetzt: Heinrich Müller vorm. Friedrich Bluhme Jepsen, 2. die Firma: Friedrich Bluhme Jepsen in Lübeck. Inhaber: Fr. H. Bl. Jepsen, Kaufmann in Lübeck.

pb. Wer ist der Eigentümer? Seit dem 5. Juli ds. Js. steht auf dem Güterbahnhof eine herrenlose zweirädrige Handkarre. Diese hat einen neuen Kasten. Der rechtmäßige Eigentümer wird ersucht sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Ein großes Sommerfest, verbunden mit Vogelschießen, Preisschießen, Vokal- und Instrumentalkonzert und Ball wird am kommenden Donnerstag und Freitag im Gewerkschaftshause veranstaltet. Am Freitag Abend findet eine Jubiläumierung des prächtigen Gartens statt. Wie wir erfahren, gibt sich für dieses Sommerfest bereits ein reges Interesse kund. Der Besuch des Vokalkonzerts am Donnerstag Abend, bei dem die vereinigten Arbeitergesangvereine Lübeck's mitwirken, ist völlig unentgeltlich, während für das mit einem Sommernachtsball verbundene Instrumental- und Vokal-konzert 25 Pfg. Eintrittsgeld pro Person erhoben werden. Hoffentlich erfreut sich die Veranstaltung eines zahlreichen Besuchs.

Peter Günther, der Gotteslästerer. Ein Lübecker Kutscherbild aus dem Jahrhundert der Orthodogie von Gustav Nabruck, a. o. Professor in Heidelberg (Verlag Max Schmidt, Preis 1 Mk.) Die wenigen Blätter erzählen im altertümlichen Chronikenstil das traurige Schicksal eines einsichtigen, aber heldenbrütigen Schmiedegesellen — einen „Narren in Christo“ möchte man, wie Gerhart Hauptmann seinen Emanuel Quint, auch ihn nennen, hätte er nicht gerade Christi Gottheit gelehrt und, wie man annahm, gelästert und um deswillen am 25. Oktober 1887 zu Lübeck unschuldig den Kopf lassen müssen. Die alte Geschichte dürfte in dieser Zeit des erneuten Keisergerichts (Fathol.) nicht ganz ohne pikante Aktualität sein.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: „Giroflé Girofla“, die reizende Operette von Lecocq, die in glänzender Ausstattung und in prächtiger Wiedergabe am Sonntag Stürme von Beifall entseffelte, wird Donnerstag zum ersten Male wiederholt. Nachdem unter Michael Wichans Leitung und in Anwesenheit des Mitverfassers Richard Kellers zahlreiche Proben stattgefunden, ist die Uraufführung des Lustspiels „Die ideale Forderung“ von Richard Kessler und Katsch bestimmt am Freitag. Das Stück ist im Manuscript schon von einigen Bühnen angenommen, bei der ersten Aufführung werden außer den Autoren verschiedene Bühnenleiter und Verleger anwesend sein.

Zur Landtagswahl im Fürstentum Lübeck. Dem um die Gunst der Wauerbündler buhlenden liberalen Lehrer Boh ist großes Heil widerfahren. Die konservativen Herren in Schwartau, bei denen er zur Ergatterung eines Landtagsmandats Schutz und Hilfe suchte, wollen ihm diese angehehen lassen. Sie haben dieser Lage an zirka 300 im südlichen Fürstentum wohnhafte Liberale, Landbündler usw. folgendes Schreiben gerichtet:

Die Landtagswahlen werden in wenigen Wochen stattfinden. Es ist daher dringend notwendig, etwas zur Vorbereitung zu tun. Die politischen Parteien haben zum Teil schon ihre Kandidaten. Doch ist es ungewiß, welche Partei siegen wird. Soviel ist aber gewiß, daß die beiden sozialdemokratischen Kandidaten im südlichen Wahlkreise im ersten Wahlgang ohne weiteres siegen werden, wenn von bürgerlicher Seite nicht in eine ernste Gegenagitation eingetreten wird, denn die Sozialdemokratie ist gut organisiert und bringt auch den letzten Mann an die Wahlurne. Von den bürgerlichen Parteien ist jede für sich allein zu schwach, um den Sieg zu erringen. Die Parteigelege aber hindern leider eine Vereinigung. Die Unterzeichneten und mit ihnen noch viele andere sind nun der Meinung, daß es für den Landtag weniger darauf ankommt, welche Parteistellung die bürgerlichen Kandidaten einnehmen als vielmehr darauf, daß dieselben einen klaren Blick für die Interessen des Fürstentums haben, und daß sie ferner imstande sind, ihre Ansichten in verständiger Weise im Landtage zu vertreten. Dem Klasseninteresse, das die Sozialdemokratie stets allein vertritt, stellen wir das Allgemeinwohl gegenüber.

Die Kandidaten, die für eine solche politische Arbeit besonders geeignet sind, werden nach unserer Meinung am besten durch eine Versammlung von angesehenen und einflussreichen Männern aller bürgerlichen Kreise und Stände aus dem ganzen Wahlkreise auf den Schild erhoben. Wir gestatten uns daher Sie zu einer Versammlung in Schwartau, Heuers Hotel, am Sonntag, den 18. August nachmittags 4 Uhr ergebenst einzuladen. Es soll festgesetzt werden, ob unser Vorschlag allgemeine Zustimmung findet und alsdann sollen 2 Landtagskandidaten für den südlichen Wahlkreis aufgestellt werden. Wir bitten Sie dringend, um Ihr Erscheinen.

Hochachtungsvoll
Das Wahlkomitee des südlichen Wahlkreises des Fürstentums Lübeck für die Landtagswahlen
Böhmer, Schulze, Lesenski,
Rechtsanwalt. p. A. Vorsitzender. Gerichtsaktuar.
Dr. Kluge,
Oberamtsrichter.
Am kommenden Sonntag soll also der Ruhhandel perfekt werden, vorausgesetzt natürlich, daß sich genügend Libes

rale finden, die sich entgegen ihrem Programm den Landhändlern an den Hals werfen. Sollte dieser Kaufhandel aber abgeschlossen werden, so kann es der Sozialdemokratie — das möchten wir dem auch liberalen Lehrer Grage gegenüber mit allem Nachdruck betonen — nur recht sein. Dann ist dokumentiert, daß die Liberalen des Fürstentums Lübeck nichts anderes sind und nichts anderes sein wollen als ausgesprochene Helfershelfer der Reaktion!

Öffentliche Wählerversammlungen finden in den nächsten Tagen statt: Heute, Mittwoch, in Clever Landwehr bei Herrn Gühl, am Freitag in Schwartau im Gasthof Transvaal, am Sonnabend in Gr. Barin im Gasthaus zur Ulme und am Dienstag in Renjesfeld im Gasthaus Kl.-Mühlen. Wir erwarten, daß die Genossen und Genossinnen eine rege Propaganda für diese Versammlungen entfalten werden.

Stockelsdorf. Die hiesige Gemeindevertretung hatte in ihrer letzten Gemeinderatssitzung verschiedene wichtige Punkte auf der Tagesordnung. Der erste Punkt betraf die Wahl eines Gemeinderatssprechers. Der Posten eines Gemeinderatssprechers ist zum 1. Oktober neu zu besetzen; das Anfangsgehalt desselben beträgt jährlich 1800 Mk., steigend von Jahr zu Jahr 50 Mk. bis zum Höchstgehalt von 1800 Mk. Hierzu waren 29 Bewerbungen eingegangen, von diesen wurden 3 auf engere Wahl gestellt. Die Wahl wird in der nächsten Sitzung vorgenommen. Als zweiter Punkt war die Wahl eines Baukommissionsmitgliedes vorgesehen. Herr W. Möller, Ziegeleibesitzer in Stockelsdorf hatte beantragt, ihn von seinem Posten zu entbinden, da er das Baugeschäft aufgegeben habe; an seiner Stelle wurde Maurermeister Hoff-Stockelsdorf gewählt. Ein weiterer Punkt war die Errichtung einer Dreikrankenkasse in der Gemeinde Stockelsdorf; hierzu wurde nach längerer Diskussion beschlossen, eine Kommission zu wählen und Material anzuschaffen. Die Kommission soll später der Vertretung das Material vorlegen. Die Dorfschaft Gchorst hat in einer Dorfschaftsversammlung mit 16 gegen 3 Stimmen beschlossen, Protest zu erheben gegen einen Gemeinderatsbeschuß, dahingehend, daß die Gemeinde elektrisches Licht für die Straßenbeleuchtung anschaffen will; beschlossen wurde Übergang zur Tagesordnung, da die Gemeindevertretung überhaupt noch keinen bindenden Beschuß gefaßt hat. Mehrere Mitglieder sprachen sich alsdann noch über diese Eingabe der Dorfschaft Gchorst aus, und wurde unter anderem auch noch betont, daß die Dorfschaftsversammlung, die diesen Beschuß gefaßt hat, doch noch ziemlich weit zurück ist; nur die Versicherung können wir hier abgeben, auch in der Gemeinde Stockelsdorf wird es Licht auch ohne Genehmigung der Gchorster Bauern. Als letzter Punkt wurden Regierungsverfügungen bekannt gegeben. 1. a. war eine Eingabe der Stockelsdorfer Lehrer an die Regierung erfolgt, daß die Gemeindevertretung die Wohnungsgeldentschädigung zu 350 Mark angelehnt hätte und ihnen das nicht genüge, da sie in der Gemeinde Stockelsdorf keine passende Wohnung zu 350 Mark bekommen könnten. Sie wären gezwungen, sich eigene Häuser zu bauen. Auch hatten die Herren in ihrer Eingabe bemerkt, daß Malente 400 Mk., Renjesfeld 400 Mk., Schwartau 500 Mk. und Gutin 500 Mk. Mietsentschädigung bezahlt. Die Herren haben hier einen Vergleich gezogen, den sie selber wohl nicht ernst nehmen. Kurorte mit der Proletarier-Gemeinde Stockelsdorf zu vergleichen, ist unter keinen Umständen möglich. Ein Beschuß wurde hierüber weiter nicht gefaßt und wird sich die Vertretung in der nächsten Sitzung damit nochmals befassen.

Swartau. Lehrer als Gemeinderatsmitglieder. Der dem hiesigen Gemeinderat angehörende Lehrer Grage war, weil Lehrer Gemeindebeamte sind, seinerzeit aus dem Gemeinderat ausgeschlossen worden. Auf

seine Beschwerde an die Regierung mit der Begründung, daß die Voraussetzungen für seine Ausschließung wohl für das Herzogtum aber nicht für das Fürstentum zuträfen, wurde der Lehrer auf den Klageweg beim Verwaltungsgericht verwiesen. Trotzdem die gesamte Lehrerschaft an dem Austrag der Sache das größte Interesse hatte — war doch diese Angelegenheit der Hauptpunkt der Tagesordnung der diesjährigen Lehrerversammlung — hat der genannte Lehrer sonderbarerweise die Frist zur Erhebung der Klage ungenutzt verstreichen lassen. Gegenwärtig sind im Fürstentum noch zwei Lehrer im Gemeinderat (Jäger-Abrensbödt und Harms-Malente). Der Gemeinderat von Malente hat sich geweigert, einer Aufforderung der Regierung, Harms auszuschließen, nachzukommen und einen diesbezüglichen Beschuß gefaßt. Nun kommt in Frage, ob die Regierung diesen Beschuß annulliert, dann müßte die Gemeinde im Klagewege vorgehen, oder wenn sie die Annullierung ihres Beschlusses unbeachtet läßt, müßte die Regierung beim Ober-Verwaltungsgericht Klage erheben. Auf die Herbeiführung einer grundsätzlichen Entscheidung ist man besonders in Lehrerkreisen sehr gespannt.

Hamburg. Riesenunterschlagungen bei der Reichsbank. Der 42-jährige Reichsbankbeamte Wegener und sein 37-jähriger Kollege Hamann, die sich seit längerer Zeit lebhaft an Rennematten, namentlich an ausländischen Plätzen, beteiligten, haben sich die Mittel dazu verschafft, indem sie der Bank anvertraute Reichsanleihen vorübergehend lombardierten. Sobald diese gebraucht wurden, lösten die ungetreuen Beamten sie wieder ein, indem sie neue Stücke verpfändeten. Zur Ausführung verschiedener kleiner Lombardgeschäfte hat Wegener aus dem Depot einer hiesigen Bank bei der Reichsbank Reichsanleihen im Betrage von 250 000 Mark entnommen und diese zum kleinsten Teile selbst, in der Hauptsache aber durch gute Bekannte bei hiesigen Banken lombardieren lassen. W. flüchtete kürzlich nach Holland, weil er die von seinen Gläubigern gestellten Forderungen nicht befriedigen konnte, kehrte aber am 6. dieses Monats zurück und stellte sich der Polizei. Hamann konnte gleichfalls in Haft genommen werden. — Gegen den in Untersuchungshaft genommenen Bankbeamten Wegener war bereits eine Strafanzeige bei der hiesigen Behörde eingelaufen. W. hatte nämlich von Verwandten und Bekannten insgesamt 56 000 Mark in Empfang genommen, um sie auf Hypotheken zu belegen. Den gesamten Betrag hat er ebenfalls auf Rennplätzen verspielt. Als er am 25. Juli auf Urlaub ging und von einer größeren Reise sprach, schöppte man Verdacht und zog Ermittlungen ein, deren Ergebnis zur Folge hatte, daß gegen ihn Anzeige erstattet wurde. Wegener hielt sich in Scheveningen, Amsterdam, Rotterdam und anderen Städten auf, brachte aber keine Absicht, nach Amerika zu flüchten, nicht zur Auslieferung, da er von Peimweh nach seiner Familie erfaßt wurde. Nachdem er am Sonntag, dem letzten Tage seines Urlaubs, nach Hamburg zurückgekehrt war, begab er sich am Montag morgen auf die Reichsbank. Als er auf der Direktion der Reichsbank erschien, wurde er sofort zur Rede gestellt und gab auch bald unumwunden seine Verschlingungen zu. Wie schon berichtet, haben Rennmatten die unterschlagenen Summen in vollem Umfange verschlungen; durchschnittlich opferte er täglich 6—7000 Mk. dieser Leidenschaft, die ihn auch sein eigenes Vermögen gekostet hat, das er sich in Gemeinschaft mit Bekannten durch Grundstückspekulationen erworben hatte. Bei der Direktion der Bank war Wegener als Kalkulator beschäftigt; er genoß das größte Vertrauen seiner Vorgesetzten. Zur Deckung der von ihm veräußerten Depots benutzte er solche mit längerer Ablauffrist. Hamanns Unterschlagungen bei der Bank belaufen sich auf etwa 30 000 Mk. Beide Defraudanten sind verheiratet und Väter von je zwei unmündigen Kindern. —

Ein Familien drama spielte sich am Dienstag nachmittag in Darmbeck, beim Friedb. Ecke der Bramheinstraße ab. Dort traf der 38 Jahre alte Grünwarenhändler K., der seit vier Wochen von seiner in der Heitmannstraße wohnenden Frau getrennt lebt, mit seiner Frau zusammen. Waffanten hörten plötzlich zwei Schüsse fallen und sahen gleich darauf die Frau mit einem Aufschrei zusammenbrechen. Ehe man K. noch ergreifen konnte, hatte er den Lauf der Waffe gegen sich gerichtet und sich einen Schuß in die Brust betgebrach. Man trug ihn in die Baubude eines in der Nähe des Latortes befindlichen Neubaus, wo er gleich darauf starb. Die Frau, die Grünwarenerin von fünf unmündigen Kindern ist, hatte zwei Schüsse in den Unterleib erhalten. Die Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus St. Georg transportiert.

Neumünster. An den Folgen der Maul- und Klauenseuche haben in Neumünster und Umgegend zahlreiche Personen zu leiden. Sie sind nach dem Genuß von ungekochter Milch schwer erkrankt, in einem Pensionat allein 13 Personen. Die Polizei stellte fest, daß von einer Reihe von Händlern trotz des Verbots ungekochte Milch in den Verkehr gebracht wird. Auch sind die Beamten auf Anordnung ihrer Behörde bemüht, die Gesamtzahl der erkrankten Personen festzustellen.

St. Georg. Ein abgefemter Schwindler, dem mehrere hundert Betrugsfälle nachgewiesen sind, hatte sich in der Person des Reisenden Hermann Biehl vor der Ferienstrafkammer des Altonaer Landgerichts zu verantworten. Bei durchzog Döllstein kreuz und quer und ließ die Leute Bestellscheine auf Photographien unterzeichnen. Die Scheine zeigten den Namen einer gar nicht existierenden Firma. Dann ließ Biehl sich Vorhänge von 1 bis 2 Mark geben und war von diesem Augenblick an für seine Kunden verschwunden. Die Ferienstrafkammer verurteilte Biehl zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten.

Oldenburg. Erschossen. Gestern nachmittag wurde auf den Schießständen des hiesigen Schützenvereins während des Schützenfestes der Unteroffizier Peters vom Infanterie-Regiment Nr. 9, der als Schreiber tätig war, durch einen Pistolenknall getötet. Der unglückliche Schütze heißt Brandt. Er befand sich auf einem Nebenstand, wurde abgerufen und legte die Pistole auf eine Bank, wobei sich der Schuß entlud. Peters war sofort tot.

Bremen. Vom Spionage-Sport. Zu der von auswärtigen Blättern gemeldeten Nachricht über die Ergreifung eines englischen Spions in Bremen wird vom Wolffschen Depeschensbureau folgendes mitgeteilt: Es ist richtig, daß vor einigen Tagen hier ein ungefähr 40 Jahre alter Engländer, Angehöriger einer angeesehenen wohlhabenden Familie, von Beruf Jurist, aus London, wegen auffälligen Auftretens verhaftet und in das hiesige Untersuchungsgefängnis abgeführt worden ist. Er bestritt, daß er in seinem Militärverhältnis der Reserve angehört. Der Verhaftete wird der Spionage beschuldigt. Welcher Art diese ist und in welchem Umfange sie geschah, läßt sich augenblicklich nicht sagen, weil sich dies erst aus dem Gange der Untersuchung ergeben muß. Die Behörde und der hiesige Rechtsbeistand des Beschuldigten halten sich verpflichtet, zurzeit keinerlei nähere Aufklärungen zu geben, so daß alle übrigen gemeldeten Einzelheiten als Kombinationen bezeichnet werden müssen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: E. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

„Komitee- und Kommissionssitzungen“

12. Distrikt
am Donnerstag, 10. August,
abends 8 1/2 Uhr
bei Groth, Kottwitzstr. 18.

Zu sofort oder inäter
Kottwitzstraße mehrere Drei- und
Zweizimmerwohnungen
zu vermieten. Näheres
Kottwitzstraße 38, pt., r.

Schuhmachergeselle
sofort gesucht.
Kronsförder Allee 94a.

Schuhmacher
gesucht. Stellung dauernd.
Karl Obst, Brink 11b.

Zu sofort ein Sanitätsmädchen außer
der Schulzeit gesucht.
Adlerstr. 50, part.

Ein noch gut erhaltener Kinder-
Sitz- u. Liegewagen preiswert zu
verkaufen.
Schwartau, Markt 9.

Eine Brosche mit Bild im Re-
saurant Biergarten am Sonntag
gefunden.
Abzuholen Drögestr. 17a, I.

Erzuche den Betreffenden, der am
Gewerkschaftsfest den Korb mit Zi-
garen in Aufbewahr. nahm u. ebens
mitgenommen hat, mir seine Adresse
anzugeb. od. Obertrave 19/5 abzulief.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli d. Jz.
bezügl. Feilhalten von Nah-
rungs- und Genussmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Am 8. August eröffnete ich
mein an der Untertrave 38
(Ecke Alsheide) neu eingerichtetes
Tabak- und Zigarren-Geschäft
und bitte meinen schon langjährigen
Kundenkreis um weiteren Besuch,
da ich sämtliche Waren der Tabak-
branche führe.
Achtungsvoll Oskar Höpner,
Untertrave 38 (Ecke Alsheide).

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.
Billig! Nur diese Woche. Billig!
Prima Kalbfleisch . . . 50 Pfg.
Kalbs-Kenlen . . . 60 Pfg.
Paul Boldt, Schlachterei,
Wahlstraße 22. Telefon 2133.

Käse! Käse!
Alle Sorten sehr billig.
Kleinverkauf vom Engros-Lager.
Fleischhauerstraße 48.
Prima Hartofs
vom Hofhofener Lübeck liefert
billigst frei Haus
Ernst Niset, Schlachterei.
Dr. Schlomer
verreist
Freitag, 11. August.

Nur noch in diesem Monat
gelten die
billigen Sommerpreise
für alle Sorten
Brennmaterialien
Übernehme jede Garantie für streng reelle Lieferung.
Christian Gäde
Kontor: Fischergrube 4. Fernsprecher 242.

Achtung!
Steinsetzer u. Berufsgen.
Versammlung
Donnerstag, 10. Aug.,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Der Vorstand.

Sozialdemokratische Frauen
Versammlung
am Donnerstag, d. 10. August,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Der Milchrieg u.
wir Hausfrauen.
Referentin: Genossin Käte Lea.
2. Die Frauenkonferenz in Jena.
3. Verschiedenes.
Wir hoffen auf zahlreichen Be-
such; auch Gäste sind willkommen.
Die Einberuferin.

Quartett-Verein Amicitia.
Lombolaliste.

25	32	44	92	134	161
181	197	214	232	235	247
248	259	269	284	345	412
467	468	480	484	572	583
604	637	641	662	687	696
697	708	757	769	791	863
869	879	885	903	911	913
922	948	949	977	1033	1048
1119	1137	1146	1154	1187	1221
1246	1272	1376	1407	1422	1473
1497	1512	1532	1546	1626	1650
1702	1716	1721	1731	1742	1760
1771	1797	1860	1874	1900	1905
1934	2064	2082	2113	2133	2135
2151	2154	2211	2255	2340	2345
2408	2412	2419	2424	2455	2461
2498	2494	2512	2519	2520	2528
2539	2605	2619	2628	2636	2639
2779	2783	2824	2827	2861	2867
2907	2922	2927	2933	2934	2952

Die Gewinne sind am Donners-
tag, dem 10. August, nachmittags
von 4-8 Uhr im Lokal Wakenig-
Bellevue, später bei H. Mews,
Wöttcherstr. 6, abzuholen. Gewinne,
welche bis zum 1. September nicht
abgeholt sind, verfallen der Vereins-
kasse.
Der Vorstand.

Achtung!
Sektions-Versammlung
der Hausdiener und
Fensterputzer
Donnerstag, 10. Aug.,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Untere heutigen Arbeitsverhält-
nisse.
2. Verschiedenes.
Der Sektionsleiter.

**Roll- und Blod-
wagen-Rutscher!**
Sektions-Versammlung
Donnerstag, 10. Aug.,
abends 8 1/2 Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
Regelung der Möbelarbeit.
Zu dieser Versammlung sind ins-
besondere alle Möbelpacker und
Möbelhilfsarbeiter eingeladen.
Der Vorstand.

Stadthallentheater.
Donnerstag 8 Uhr. 59. Abn. Volk-
Gastspiel Frh. Rebmig.
Giroflé-Girofla.
Freitag 8 Uhr. 60. Abn. Volk-
Uraufführung:
Die ideale Forderung.
Lustspiel in 3 Akten v. Rich. Kober
und Hermann Kasch.
Sonnabend: **Don Cesar.**

Teilweises Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung.

Die Reichsversicherungsordnung ist nach dem „Reichsanzeiger“ jetzt im „Reichsgesetzblatt“ verkündet. Damit ist der Anspruch heiratender junger Frauen auf Rückzahlung vor ihrer Heirat geleisteter Beiträge in Wegfall gekommen. Ferner treten die die Krankenkassenangestellten, die künftig der Dienstordnung unterstehen sollen, betreffenden Vorschriften der §§ 349, 350, 354 Absatz 2 bis 6 und 358 und die in diesen Paragraphen enthaltenen Einschränkungen der Selbstverwaltung der Kassen in Kraft. Die übrigen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung treten noch nicht in Wirksamkeit.

Nach dem Einführungsgesetz, Artikel 38, zur Reichsversicherungsordnung treten rückichtlich der Angestelltenvorschriften vorläufig an Stelle der (noch nicht bestehenden) Versicherungsämter die Schiedsgerichte für die Arbeiterversicherung, an Stelle der Oberversicherungsämter das Reichsversicherungsamt. Der Reichskanzler soll nach Artikel 38 des Einführungsgesetzes nähere Bestimmungen für das Verfahren und die Fristen bestimmen. Ein solcher Erlaß ist unter dem 1. August ergangen und im „Reichsanzeiger“ und „Reichsgesetzblatt“ gestern publiziert.

Nach diesem Erlaß sind für die nach Artikel 38 Absatz 1 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung zugewiesenen Aufgaben diejenigen Schiedsgerichte für die Arbeiterversicherung zuständig, in deren Bezirken die beteiligten Krankenkassen ihren Sitz haben. Reicht der Bezirk einer Krankenkasse nicht über das Gebiet eines Bundesstaates hinaus, so ist für die in Artikel 38 bezeichneten Angelegenheiten das Landesversicherungsamt, sonst das Reichsversicherungsamt zuständig. Entscheidungen, die von einem Spruchsenat zu treffen sind, sind bei dem Reichsversicherungsamt durch den verstärkten Senat, bei den Landesversicherungsämtern durch die vorhandenen Senate zu treffen.

Für die Befestigung der Beschlüsse des Krankenkassenvorstandes nach § 349 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung, für die widerrufliche Bestellung der für die Geschäftsführung der Krankenkasse erforderlichen Personen und für die endgültige Übertragung der Stelle an die widerruflich Angestellten nach § 359 a. a. D. sowie für die Zustimmung und die Genehmigung nach § 354 Absatz 2, 6 a. a. D. sind der Vorsitzende des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung, für die Genehmigung zur endgültigen Übertragung der Stelle (§ 350 a. a. D.) die mit Erledigung dieser Angelegenheiten betrauten Beamten des Reichsversicherungsamtes (Landesversicherungsamtes) zuständig.

Aber Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnisse der Angestellten (§ 358 Absatz 1 der Reichsversicherungsordnung) entscheidet das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Auf Beschwerde (§ 349 Absatz 3, § 358 Absatz 1 a. a. D.) entscheiden die Senate des Reichsversicherungsamtes oder das Landesversicherungsamt.

Die Beschwerdefrist beträgt einen Monat nach Zustellung der angefochtenen Entscheidung;

für die Frist gelten die §§ 124 bis 134 der Reichsversicherungsordnung.

Solange die im § 35 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen Bestimmungen über das Verfahren vor den Versicherungsbehörden noch nicht in Kraft getreten sind, gelten auch für die im Artikel 38 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung bezeichneten Angelegenheiten die allgemeinen Bestimmungen der kaiserlichen Verordnungen betreffend das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung vom 22. November 1900 und das Verfahren des Reichsversicherungsamtes sowie der für das Verfahren vor den Landesversicherungsämtern erlassenen Verordnungen der Landesregierungen.

Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, bei denen mehrere Spruchabteilungen bestehen, bestimmen, welche Spruchabteilung die im Artikel 38 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung bezeichneten Angelegenheiten zu erledigen hat. Das Entsprechende gilt für Landesversicherungsämter, bei denen mehrere Senate bestehen.

Für das Verfahren bei Entlassung eines Angestellten wegen Vergehens gegen die Dienstordnung und im Falle des § 354 Absatz 6 der Reichsversicherungsordnung gelten folgende besondere Bestimmungen:

1. Will der Vorstand der Krankenkasse nach § 354 Absatz 2 a. a. D. oder der Vorsitzende des Vorstandes nach § 354 Absatz 6 a. a. D. einen Angestellten entlassen, so ist diesem eine Anschuldigungsschrift mitzuteilen. Der Angeschuldigte ist zu hören, er kann sich auch des Beistandes eines Verteidigers bedienen.

2. Gegen den übereinstimmenden Beschluß der Arbeitgeber und der Versicherten im Vorstand, der die Entlassung ausspricht, steht dem Angestellten die Beschwerde an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu. Vor dessen Entscheidung findet eine mündliche Verhandlung statt, in welcher der Beschwerdeführer persönlich erscheinen, sich auch durch einen Verteidiger vertreten lassen kann. Das Schiedsgericht kann nach freiem Ermessen Beweiserheben, für diesen gelten die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung; das Schiedsgericht entscheidet nach freier, aus dem Inbegriffe der Verhandlungen und Beweise geschöpften Überzeugung.

3. Die Bestimmungen unter Nr. 2 Satz 2, 3 gelten entsprechend für das Verfahren bei Entscheidung des Vorsitzenden des Schiedsgerichts in den Fällen, in denen dieser nach § 354 Absatz 2 der Reichsversicherungsordnung die Zustimmung zu einem Beschluß der Vorstandsmehrheit über die Entlassung oder nach § 354 Absatz 6 a. a. D. die Genehmigung zu der von dem Vorsitzenden des Vorstandes ausgesprochenen Entlassung zu erteilen hat. Auch in diesen Fällen ist gegen den Beschluß, der die Entlassung ausspricht, die Beschwerde an das Schiedsgericht zulässig.

4. Gegen die Entscheidungen des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung ist die weitere Beschwerde statthaft, über welche die im § 2 Absatz 2 dieser Bekanntmachung bezeichneten Senate des Reichsversicherungsamtes (Landesversicherungsamtes) entscheiden. Auch hierfür gelten die Bestimmungen unter Nr. 2 Satz 2, 3 entsprechend.

Durch eine weitere Verordnung vom 2. d. M. hat der Reichskanzler bestimmt, daß die Amtsdauer der gegenwärtigen nichtständigen Mitglieder des Reichs-

versicherungsamtes aus dem Stande der Arbeitgeber und der Versicherten bis zum 31. Dezember 1913 verlängert wird.

Die Zentrumsparade in Mainz.

Die erste öffentliche Versammlung am Montag nachmittag war fast ausschließlich dem Andenken des Bischofs Ketteler gewidmet. Reichstagsabgeordneter v. Hertling, einer der Diplomaten des Zentrums, versuchte in diplomatischen Wendungen die bahnbrechende Arbeit Kettelers auf sozialpolitischem Gebiete zu veranschaulichen. Er führte aus: Der von Ketteler eingenommene Standpunkt vertrat sich aber weder mit dem heutzutage mit der Arbeiterversicherung verbundenen weitgehenden Zwang, noch mit dem Zuschuß aus Reichsmitteln. Die heutige Richtung der Sozialpolitik fördere nur zu leicht eine Denkweise, die überall an die Stelle freier Initiative den toten Mechanismus staatlicher Maßnahmen setzen möchte. Demgegenüber könne es nur nützlich sein, sich von Ketteler an den überragenden Wert echter Sittlichkeit und freier Liebestat erinnern zu lassen. Freiherr v. Hertling bewährte sich also auch hier wieder als Bremser in sozialpolitischen Fragen. — Der Mainzer Bischof, Dr. Kirstein, mahnte mit dem Hinweis auf Ketteler zur Einigung aller Katholiken, da die Gegner einig und geschlossen seien. Treue und Gehorsam gegen den Heiligen Stuhl und die bischöfliche Autorität sei unerlässlich: Pflicht für jeden Katholiken. Er erteilte dann den Segen.

Der Vorsitzende, Reichstagsabg. Graf v. Galen verstand es meisterlich, die katholische Volksseele zum Kochen zu bringen und die Aufmerksamkeit abzulenken von den Taten der christlichen Volksvertreter. Er behandelte vornehmlich die Ordensfrage und die angebliche Rechtslosigkeit der Katholiken. Während sich Anarchisten, Freimaurer und Sozialisten in Deutschland einigen dürften, seien die Jesuiten nicht zugelassen. Um die Lage der katholischen Kirche als recht traurig erscheinen zu lassen, wies er auf die gedrückte Lage des Heiligen Vaters hin. Er wies hin auf die sogenannten Kirchenerfolgungen in Frankreich, Spanien und Portugal. Auch in Deutschland mehrten sich die Sturmeszeichen. In Baden sei bereits ein Großblock fertig. Was das bedeute, das zeige Frankreich. Und im Reiche selbst sei ein solcher Block im Werden begriffen. In allen Einzelstaaten tobe der Kampf gegen die konfessionelle Schule, und Schritt um Schritt wichen die Regierungen zurück vor dem Ansturm der Linken.

Selbst Preußen, wo das Zentrum doch gegenwärtig eine Position hat, wie nirgends in der Welt, bekam einen Tadel. Das Zurückweichen der preussischen Regierung vor den Forderungen der Linken datiere vom 18. März 1892, als Graf Jeditz und sein Schulgesetz der Hege der liberalen Minderheit geopfert worden seien. In letzter Zeit habe die preussische Regierung die Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen für überflüssig und schädlich erklärt und am selben Tage im Herrenhaus die Feuerbestattungsvorlage zur Annahme gebracht. Letztere sei eine Förderung des liberalen Unglaubens und ein Schlag ins Gesicht der ernstlich christlichen Bevölkerung.

Dann sprach Bischof Dr. Faulhaber aus Speyer über Klerus und Volk. Er verteidigte die Einrichtung des Zölibats. Das Zölibat sei das Hochzeitskleid

Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

(14. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Ossendorf lächelte traurig und streckte seine Hand nach ihm aus. So lange hielt er sie ihm stumm entgegen, bis van Tenius kopfschüttelnd einschlug. Dann sagte Ossendorf ernst und glütig:

„Sie wissen, daß es auf Worte nicht ankommt. Haben wir uns nicht schon manches Mal so schlaun und traurig angeblickt wie eben jetzt? Haben wir uns denn nicht verstanden? Seien Sie nicht schwächer als ich. Nicht wahr, es bleibt beim alten? Was Sie mir sagten, hat mich eigentlich beruhigt. Und was ich gesagt habe? Wie ein Windstoß im Ramin.“

„Es war noch Dämmerlicht im Zimmer. Die Männer konnten ihre Züge nicht mehr genau unterscheiden. Van Tenius sagte leise:

„Und es ist doch ein Wahnsinn! Ein gefährlicher Wahnsinn. Man hängt sein . . . Leben nicht so an eine Frau, die einem nicht gehört. Man verkommt dabei. Man belügt sich, den Mann und die Frau. Ich bin kein Heiliger. Ich . . . Es ist unerträglich!“

„Hübsch brav sein, van Tenius!“ sagte Ossendorf und seine Stimme klang nicht weicher und nicht höflicher als sonst. „Wir wollen einander doch nicht unsern Liebeskummer vorführen wie zwei Rabatten. Dafür wäre die Sachlage doch zu eigentümlich. Und soll ich Sie damit trösten, daß ich oft des Nachts — kommen Sie ganz nahe heran. Wenn es mich nicht schlafen läßt, daß ich ein Krüppel bin, so ein Krüppel, und es doch überall sonst Geseh gibt, die zwei gesunde Beine haben, dann . . . Ich habe gehen gelernt, van Tenius. Ganz allein kann ich gehen. Und wenn es mich nicht mehr duldet im Haus, bei Nacht, dann nehme ich den Kolben einer alten Flinte unter das Ding, das einmal meine linke Achsel war, und es wird lustig. Ich gehe dann spazieren. Ich komme jetzt schon über die ganze Länge des Gartens bis hinten zu meinem Laboratorium. Dort lege ich mich dann hin, bei Nacht, und denke nach, wie ich dem großen Artilleristen ins Handwerk pfeuchen könnte mit einer ganz neuen Balvermittlung. Im Finstern läßt sich so. Nicht machen darf man nicht im Laboratorium. Es könnte leicht ein Unglück geschehen. Ich könnte da noch hüpfen lernen! Und dann nehme ich meine Flinte, mein linkes Bein, wieder unter die Achsel und gehe abermals spazieren. Ich bin trotzdem nicht ganz glücklich, nicht ganz, und Sie sollten mir schon meinen Willen tun.“

„Sie können in solchen Stunden noch an ihren Beruf denken? Ich nicht.“

„Ich doch, weil mir auch mein Beruf nur ein Spiel ist. Oder glauben Sie, daß ich es wirklich für meinen gottgewollten Beruf halte, ein neues Dynamit zu erfinden? Zeitvertrieb! Jeder Affe erfindet sich ein lustigeres Spiel.“

Van Tenius mußte jetzt daran denken, was ihm einst Marianne über die Tätigkeit Ossendorfs gesagt hatte. Er empfand nun tiefes Mitleid mit dem Berstümmelten . . .

Als die Gesellschaft wieder zurückkehrte, schien es, als ob die Herren lebhaft die Frage des Maximalarbeitstages erörterten. Ossendorf empfing die Damen mit seinem herzlichsten Lachen und bald herrschte ein munterer Ton.

Aber van Tenius empfahl sich früh, und der Wetter hatte Dienst, wie er sagte. Die Stiftdienerin hielt den frühen Aufbruch der Herren für einen Wink, ja vielleicht für eine Verabredung, um sie hinauszugrauen. Und sie entschloß sich mit den Herren zusammen nach der Stadt zu fahren. In der Pferdebahn sei des Sonntags so gemischtes Publikum. Aber sie höre dem volkstümlichen Geplauscher dieser einfachen Menschen trotzdem ganz gern zu, namentlich im Schutze zweier Kavaliere. So allein in der Droschke sitzen, das wäre doch nur für kurze Wege in der Stadt erträglich.

Die Ehegatten waren allein, und Marianne wollte die Lampe bringen lassen.

„Nein, mein liebes Kind“, sagte Ossendorf. „Ich möchte gerne mit dir plaudern und das tue ich am liebsten im Halbdunkel. Ich darf mich nicht zu sehr durch deinen Anblick verwöhnen. Komm, leh dich her.“

Sie legte ihre Hand auf die schwarze Sammetdecke, und Ossendorf strich ihr sanft ein paarmal über den kleinen Finger. Dann sprach sie über die nächste Reise nach Dresden, über Wolffs Sommerkleider, über seinen Schulbesuch und über sein Aussehen. Marianne vergaß sich völlig über diesem Gespräch, und während Ossendorf ihr zuhörte, gab er sich ganz dem Wohlklang ihrer Stimme, und seiner Sehnsucht nach dem Jungen hin.

Wieder hatte Marianne aus ihrem Gedächtnis zusammengegriffen, was auf ihrer letzten Reise vorgefallen war; jedes Wort des Kindes, jeden Zug des Gesichts. Dann entstand eine Pause. Es war nicht im mindesten auffallend, sowie die Gatten miteinander verkehrten, daß Marianne unvermittelt plötzlich fragte:

„Findest du den Rechtsanwalt nicht auch verändert? Als ob er ein ganz anderer geworden wäre.“

Ossendorf, der von Zeit zu Zeit immer wieder eine

Fingerpitze seiner Frau berührt hatte, zog jetzt ganz unauffällig seine Hand zurück und erwiderte ruhig und freudlich:

„Du hast richtig beobachtet. Aber seine Veränderung betrifft uns nicht. Nicht dich und nicht mich. Er hat mir die Sache mitgeteilt. Schwere Berufssorgen, die wirklich nur zwischen Männern besprochen werden können. Dir kann er seine Stimmung anvertrauen, den Anlaß zu seinen Sorgen nicht.“

„Es freut mich, daß es nur das ist.“

„Es liegt mir daran, Anna Maria, daß du dir die Freundschaftsgeföhle für den Rechtsanwalt erhältst. Auch ich betrachte ihn als unsern zuverlässigsten Freund. Ihm möchte ich einmal am liebsten . . .“

„Nicht! Sprich nicht weiter.“

„Doch, mein liebes Kind. Ihm möchte ich am liebsten die Sorge für unser Vermögen überlassen. Er ist ein durchaus rechtlicher und uneigennütziger Mensch. Er wird auch Verständnis dafür haben, wenn ich trotzdem für Wolff einen anderen Vormund einsetzen werde, nicht ihn.“

Marianne wollte aufstehen. Aber bevor sie es vermochte, brach sie in Tränen aus. Ossendorf räusperte sich und ließ sie eine Weile gewähren. Dann sagte er mit seinem gewohnten Ton:

„Wie es dich angreift, wenn ich von meinem Ende spreche. Lassen wir's also für heute. Laß die Lampe bringen. Wachet mir auf.“

Zehntes Kapitel.

Der Mai war gekommen, linde und frisch mit Blüten und Hoffnungen. Wieder reiste Marianne zu ihrem Schwestern nach Dresden. Am Montag kam sie zurück. Noch mehr als sonst hatte sie zu erzählen. Wolff hätte noch niemals so viel nach seinem Vater gefragt. Er entwickelte sich von Monat zu Monat, und habe offenbar dieses und jenes Wort von Frau Krieger aufgeknappt. Er nehme auf einmal alles furchtbar wichtig. Er lasse Papa sagen, daß er gar kein Pony wolle. Lieber noch ein Jahr warten. Und dann ein richtiges Pferd. Und gehöre er erst zu den Großen, sei er erst zwölf Jahre alt, dann müsse er gleich Offizier werden.

Es könnte mir fast Sorge machen, Wolfgang, wenn er dabei nicht so pudelnärrisch wäre. Die Zwölfjährigen in der Schule, die sind kein Sporn und Alp. Täglich will er es mit ihnen aufnehmen und hat auch heimlich einmal schon ein Duell mit einem Zwölfjährigen gehabt. Mit ungezügigten Bleispitzen. Und dann hat er einmal, ganz vor kurzem erst, in der Spielpause sich allen Zwölfjährigen ent-

des Priesters. Der Priester müsse zu allem bereit sein. Das zeigen die Vorgänge in Portugal. Er darf nicht behindert sein durch Weib und Kind. Das Bittlat sei ein Ritterschlag der Todesbereitschaft. Der Redner polemisiert gegen den Modernismus und die antiklerikale Presse. Die antiklerikale Presse läte gut, sich einen Vasaler als Wapgen zu erwählen. Die Rückeroberung der Arbeiterwelt sei die schwerste Aufgabe, die der Katholizismus demnachst zu erfüllen habe. Auch die Rückeroberung der Gebildeten müsse erfolgen. Man müsse dem Arbeiter mehr Kritik beibringen gegenüber seiner Presse.

Der bischöfliche Redner ahnt nicht, daß der Klerikalismus auch noch das jetzige Arbeitergefolge verlieren wird, wenn die Arbeiter zur Kritik erzogen werden.

Der Volksverein für das katholische Deutschland hielt am Dienstag vormittag seine Generalversammlung ab. Dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht zufolge hat der Volksverein 700 000 Mitglieder. Die Zunahme der Mitglieder betrug im abgelaufenen Jahre 48 082. Die München-Gladbacher Zentrale hat im verklossenen Jahre insgesamt 13 700 000 Schriften verschickt. Seit dem Bestehen der Zentrale, seit 20 Jahren, wurden 157 000 000 Schriften verschickt. Die Zahl der Vertrauensmänner im Lande beträgt 20 000.

Der Generaldirektor Reichstagsabgeordneter Dr. Pieper, Direktor Dr. Brauns und Fabrikdirektor Brands aus München-Gladbach hielten Reden, die der Presse vorher im Druck zugegangen waren. In den Reden waren bereits „lebhafter Beifall“ und „langanhaltender stürmischer Beifall“ eingezzeichnet, ehe sie gehalten waren. Die Maschinerie klapperte aber nicht und dort wo stürmischer Beifall vorgeschrieben war, herrschte lautlose Stille. Der Bischof von Mainz, Dr. Kirstein, erteilte der Versammlung seinen Segen und betonte, daß der Volksverein ein schlagfertiges Heer darstelle, das hinter dem Episkopat steht und mit ihm siegen wird.

Zwei geschlossene Versammlungen des Katholikentages befaßten sich mit Anträgen betreffend die christliche Caritas und der Heidenmission. Die Vorschläge wurden ohne Debatte angenommen. Der Reichstagsabgeordnete Erzberger forderte zur besseren Unterstützung der Heidenmission auf. Dadurch, daß die portugiesische Regierung den Missionen keine Beihilfe mehr leistet, auch dem Protektantismus gegenüber, würde man nicht ins Hintertreffen geraten dürfen. Die katholische Presse müsse mehr auf die Missionstätigkeit hinweisen, und die Leser müssen sich an die Redaktionen wenden und von ihnen verlangen, daß sie mehr über Missionen und weniger über Steuern schreiben. Das Verlangen ist im Hinblick auf die Steuerfähigkeit des Zentrums sehr begründlich.

Der nächste Katholikentag findet im Jahre 1912 in Aachen statt.

Aus der Partei.

Sorge um das politische Wohl der Eisenbahner. Die königliche Eisenbahndirektion zu Königsberg veröffentlicht gegen die Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter folgenden Erlass in ihrem Amtsblatt: Die sozialdemokratische Partei läßt sich neuerdings, um die Beamten und Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen, die Verbreitung von Flugblättern ansetzen. Die Beamten und Arbeiter werden vor einem Mitbringen zur Dienst- oder Arbeitsstelle oder einer Weitergabe sozialdemokratischer Flugblätter auf strengste gewarnt. In einem Mitbringen zur Dienst- oder Arbeitsstelle oder einer Weitergabe derartiger Flugblätter wird eine Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen gesehen, die ebenso wie jede andere Betätigung im Interesse der sozialdemokratischen Partei unweigerlich die Einleitung eines Disziplinarverfahrens auf Entfernung aus dem Amte oder die Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben wird.

Gründung eines Bezirksbildungsausschusses für die Provinz Brandenburg. Am Sonntag, den 6. August, fand

gegengestellt, hat sie mit seinen kleinen Fäustchen bedroht und hat gerufen: Mein Papa ist doch größer als ihr und tapferer. Und ich werde auch größer werden als ihr.

Ossendorff lachte vergnügt, und stundenlang mußte Marianne berichten.

Kurz vor zehn Uhr war sie endlich so weit, daß ihr kein Wort mehr einfiel. Auch war sie müde von der Reise. Sie reichte ihrem Manne die Hand, und als er sie einen Augenblick festhielt, fragte sie nur so beiläufig:

„Und gestern?“

„Sie waren alle da. Sie lassen dich grüßen. Alle.“ Marianne zögerte noch, das Zimmer zu verlassen.

Nichts Unübliches. Die gewöhnliche Unterhaltung. Ober interessiert dich der Nord von Westend? Van Tenius hat viel mit der Verteidigung zu tun, und sein armer Pole hängt an interessant zu werden. Das ewig Weibliche scheint sich gefunden zu haben. Du erinnerst dich doch? Man hat die Uhr des Herrn Herr bei ihm gefunden. Jetzt will er sie auf einmal von einer Dame aus seinen Kreisen zum Geschenk erhalten haben, der würdige Pole. Eine ritterliche Nation, auch wenn sie Erde farrt. Er nennt seine Dame nicht. Doch hat er ihre Farben sich erkoren. Van Tenius glaubt ihm diese neue Geschichte. Gestern früh in der Zeitung stand das wieder sehr hübsch. Bist du müde? Gute Nacht.“

Ossendorff stand früh auf, arbeitete einige Stunden und wurde ganz heiter, als Marianne ihm sagte, sie habe heute nichts in der Stadt zu tun, und werde auch nicht inspaarieren gehen. Im Vorgarten in der frühlinggrünen Laube sei es eben so schön wie im Tiergarten.

Franz war eben im Begriff den Tisch zum Frühstück zu decken, als von der Straße her ein Lärm wie von einem kleinen Aufmarsch herüberdrang. Franz hielt inne und rechte den Kopf.

„Sehen Sie nur nach, Franz, was es gibt“, sagte Ossendorff. „Er hat das Recht neugierig sein zu dürfen. Hat Deine und Ohren. Sollte die Welt untergehen, bitte ich es mir zu sagen.“

Franz war bis ans Eisengitter getreten, zwischen zwei blühende Fliederbüsche, und blickte hinaus. Bald kam er zurück und meldete:

„Es ist nichts, Herr Major. Die Leute sind doch wie alte Weiber. Ein Prospektentlicher schimpft da, und ein Schuhmann steht daneben. Da laufen sie alle gleich herbei. Drei Häuser von hier, dem Kaufmann gegenüber.“

(Fortsetzung folgt.)

im Gewerkschaftshause zu Berlin eine von 53 Vertretern besuchte Sitzung der Zentralvorstände und Bildungsausschüsse der Provinz Brandenburg statt. Nach einem einleitenden Referat des Genossen Biele (der an Stelle des erkrankten Genossen Mehring als Sekretär des Zentralbildungsausschusses sprach) wurde folgendes Regulative für den Bezirksbildungsausschuß der Provinz Brandenburg einstimmig angenommen: „Der Bezirksbildungsausschuß besteht aus 6 Mitgliedern, von denen drei von den gewerkschaftlichen Gauenleitern und drei von den Vertretern der sozialdemokratischen Parteiorganisation gewählt werden. — Der Bezirksbildungsausschuß hat seinen Sitz in Berlin. Als Geschäftsstelle fungiert das Parteisekretariat für die Provinz Brandenburg. Das Geschäftsjahr beginnt mit dem 1. Juli und endet am 30. Juni. — Der Bezirksbildungsausschuß hat in ständiger Zusammenarbeit mit den Orts- und Wahlkreisbildungsausschüssen und dem Zentralbildungsausschuß (sowie den Gewerkschaften und den Kreisvereinen) die Förderung der gemeinsamen Bildungsaufgaben für die Provinz zu übernehmen. Er hat insbesondere geeignete Kräfte für wissenschaftliche Einzelvorträge und Vortragskurse und künstlerische Veranstaltungen zu vermitteln. Die Geldmittel für die Veranstaltungen haben die Bildungsausschüsse selbst aufzubringen. — Wegen Schluß des Geschäftsjahres findet eine Konferenz von Vertretern der Orts- und Kreisbildungsausschüsse und der gewerkschaftlichen Gauenleiter statt, die den Bericht des Bezirksbildungsausschusses über seine Tätigkeit entgegennimmt und die gemeinsame Arbeit für das nächste Geschäftsjahr berät. Die Geschäftsfrage hat vorher durch Umfrage das Bedürfnis nach Redner und künstlerischen Kräften festzustellen und danach einen provisorischen Arbeitsplan der Konferenz vorzulegen. — Die Kosten für ihre Vertreter tragen die beteiligten Korporationen. An der Konferenz können auch Vertreter von Orten mit beratender Stimme teilnehmen, in denen noch keine Bildungsausschüsse bestehen.“ Zur Geldmittelfrage wurde auf eine Anfrage noch erklärt, daß wie bisher von der Zentralbildungsstelle auf Befürwortung des Provinzialsekretariats die Kosten der Veranstaltungen (Wanderturke etc.) bis zur vollen Höhe des Honorars ermäßigt werden können. In den neu gegründeten Bezirksbildungsausschüssen wurden gewählt die Genossen Wels-Berlin, Baron-Brandenburg a. H., Steinhausen-Guben. Von der gewerkschaftlichen Gauenleiterkonferenz sind die Berliner Genossen Stucke, Zernicke und Siering als Mitglieder bestimmt worden.

Die bürgerliche Presse. Wena die „Deutsche Tageszeitung“ anfängt die Minister aufzuführen, gegen die Millionen von Mitgliedern der Gewerkschaften einzutreten, oder die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ nach Krieg schreibt, und jeden Minister, der da nicht mitmacht, zum halben Vaterlandsverräter stempelt, nimmt der Arbeiter, der gewöhnt ist, nur dort ein Recht zu suchen, wo auch die berechnete materielle Grundlage vorhanden ist, nur zu leicht an, es wirklich mit großen Interessengruppen und ihren Pressevertretungen zu tun zu haben. Inwiefern dies mit den Tatsachen übereinstimmt, zeigt am besten die Abonnentenziffer dieser Blätter. Die „Deutsche Tageszeitung“ — die Zahlen treffen das Richtige, wenn sie auch keine offiziellen sind, denn solche gibt es wohlweislich nicht — hat zurzeit knapp 30 000 Abonnenten, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ nur rund 20 000. Die führende nationalliberale Presse, die „Kölnische Zeitung“ besitzt annähernd gleichviel, die „Kölnische Volkszeitung“, das leitende Zentrumsorgan rund 35 000. Sogar die Frankfurter Zeitung, hat, wie versichert wird, nur rund 30 000 Abonnenten. Mit diesen Zahlen mag verglichen werden, welches Echo die Arbeiterpresse findet. Abonnentenzahlen von 20 bis 30 000 haben eine ganze Reihe unserer Organe. Der Vorwärts hat zur Zeit über 163 000. Hier ist wirkliche Verbindung mit Personen, welche jedes Wort der Zeitung unterschreiben. Je weiter man nach rechts kommt um so größer wird zwar das Geschrei, aber um so weniger Leute stehen dahinter. Darum muß das gegnerische Blatt, das wegen seiner zumeist geringen Abonnentenziffern zumeist inoffizielle Zuschüsse erhält, immer kritisch betrachtet werden. Welch und nicht Anschauung registriert da oft!

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Schiffszimmerer! In Milow a. Havel auf der Schiffbauerei von Sengespiet u. Mewes sind Differenzen ausgebrochen. Der Meister Mewes betrachtet seine Arbeiter als eine Art Leibeigene. Trotzdem die Arbeiter ihre Arbeit machen, war es diesem Herren immer noch nicht genug, und Grobheiten und Schimpfwörter regnete es nur so. Auch äußerte sich dieser Herr, daß er keine organisierten Schiffszimmerer mehr beschäftigen werde. Um diese Zustände zu beheben, stellten am 28. Juli sämtliche bei dieser Firma beschäftigten Schiffszimmerer einmütig die Arbeit ein. Durch Verhandlungen war nichts zu erreichen. Die Firma sucht jetzt in bürgerlichen Blättern Schiffszimmerer und Arbeiter. Es wird Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft sein, dafür zu sorgen, daß kein Schiffszimmerer oder Arbeiter nach Milow a. H. geht, um bei den Schiffsbauemeistern Sengespiet u. Mewes in Arbeit zu treten.

Herr im Hause um jeden Preis. Die lieben Arbeitswilligen bei dem Großmühlenbesitzer Plange in Düsseldorf, wo die Arbeiter wegen geringer Forderungen und Anerkennung der Organisation im Streik stehen, haben es sehr gut. Eins dieser „nützlichen Elemente“ schrieb an einen Kollegen: „Wir verdienen jetzt während des Streiks hat die Firma den Verrätern einen Lohnzuschlag von 30 Proz. in Aussicht gestellt“ 55–60 Mk. bei vollständig freier Verpflegung und Wohnung. Auslagen hat man nicht; alles was man braucht, bezahlt die Firma. Es ist dies das reinste Herrenleben: Bier, Zigarren und Musik, für alles ist gesorgt. Georg — einer der Firmeninhaber — sagte uns, es sei gleich, was es kostet und wenn eine halbe Million darauf gehe.“ — Die Forderungen der Streikenden hätten natürlich nicht den dritten Teil gekostet. Eine Anzahl der Arbeitswilligen waren auf dem Speicher der Blangesehen Villa inquartiert. Als jedoch Frau Plange aus dem Bade zurückkam, mußten die Arbeitswilligen aus der Villa hinaus. Ohne Zweifel wollte sie mit solchen Elementen nicht zusammenwohnen. Die Arbeitswilligen nehmen aber die schöne Erinnerung mit, auch einmal in einer Villa mit Marmorplatten und allem möglichen Luxus gewohnt zu haben. Die Polizei steht ständig zur Verfügung der Firma Plange, je 2 Mann zu Fuß und zu Pferde sind im Betrieb stationiert, ein Duzend andere Polizisten halten die Eingänge zum Hofen besetzt. Daß die Arbeitswilligen obendrein mit Revolvern ausgerüstet sind und friedliche Passanten provozieren, scheint die Polizei nicht zu kümmern.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma A. Sulzberger u. Sohn, Schuhfabrik in Bruchsal (Waden) sind ernste Differenzen ausgebrochen; die Firma kündigte von ihren 17 Zwickern sechzehn und stellte den siebzehnten an eine andere Arbeit. Unter den Gefündigten sind Kollegen, welche schon 10, 12 und 14 Jahre im Betriebe sind und Familien bis zu 10 Kindern haben. Die Firma begründet ihr Vorgehen mit Aufstellung von Zwischmaschinen. Der Hinweis, daß man doch auch an diesen Maschinen noch Arbeiter benötige, wurde von der Firma mit den Worten ab-

gewiesen: „Die Maschinengesellschaft wolle keine gelehrten Zwickler, sondern Leute von der Straße weg anlernen.“ Zugang nach Bruchsal ist streng fernzuhalten.

Erfolgreicher Streik der Bauhofsloffer. Der Streik der Bauhofsloffer in Augsburg hat nach dreiwöchentlicher Dauer mit einem Siege der Streikenden geendet. Zwischen den Arbeitgebern und dem Deutschen Metallarbeiterverband wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der bis 1913 gültig ist und die Forderungen der Gehilfen fast durchweg bewilligt. Die Arbeitszeit wurde von 59 auf 58 Stunden wöchentlich herabgesetzt, ferner erhalten alle Gehilfen eine Lohnzulage von 4 Pfg. pro Stunde. Vorgelesen sind Mindestlöhne, Zuschläge für Überstunden, Nachtarbeit usw. Die Arbeit wurde am Sonnabend in vollem Umfange wieder aufgenommen. Die Weigerung der Schloffermeister, mit der Arbeiterorganisation zu verhandeln, machte bald einer vernünftigen Auffassung Platz, als sie sahen, daß ihre Werkstätten leer standen und es mit der von einigen Schachmachern angebotenen „Aushungerung“ der Gehilfen noch gute Wege hatte.

Aus Nah und Fern.

Der Schieberlaß des Herrn v. Jagow. So ziemlich die gesamte Presse, insbesondere auch die „Köln. Zeitung“, verurteilt die neueste Leistung des Polizeipräsidenten v. Jagow in der schärfsten Weise. Das wird sicher zur Folge haben, daß der Schieberlaß zurückgezogen wird. Wenn auch einem Mitarbeiter des „Berliner Lokal-Anzeigers“ an kompetenter Stelle erklärt wurde: Die Maßnahme erschien durch die Vorgänge der letzten Zeit dringend geboten. Allein aus jüngster Zeit liegen drei Fälle vor, bei denen, falls die Schutzleute, wenn sie von der Waffe rechtzeitig Gebrauch gemacht hätten, der Ausgang des Kampfes mit den Verbrechern einen durchaus anderen Verlauf hätte nehmen können. Ein Verbrecher hat, als ein Schutzmann die Tür öffnen wollte, diesen durch Salzsäure schwer verletzt. Hätte der Schutzmann mit gepanzerter Pistole dagestanden, so wäre das Attentat vielleicht unterblieben. Der Fall des Schutzmanns Lucht ist noch in aller Munde, und der letzte Fall in der Genthinerstraße zeigt evident, daß man mit Vorsicht nicht auf die Verbrecher herankommt. Will man nicht Fälle a la Fort-Chabrol in Paris schaffen, und nicht mit einem ungläublichen Apparat wie in England bei Monatslicht vorgehen, so bleibt nichts anderes übrig, als daß die Beamten schnell schießen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die neueste Maßnahme des Präsidenten v. Jagow zurückgezogen werden wird.

Eisenbahn-Unfall. Der D-Zug Paris-Köln-Berlin fuhr gestern nachmittag um 3 Uhr 5 Min. bei Raben von Freßfeld in eine im Gleis beschäftigte Kolonne Arbeiter. Zwei Arbeiter wurden getötet.

Fortschritt in der Telephonie. Auf der Strecke Berlin-Wiesbaden haben Versuche, nach einem neuen System mehrere Gespräche auf einem Fernsprechdraht zu erledigen, vollen Erfolg gehabt.

Ertrunken. Beim Baden sind in Köln ein Bahntechniker, ein 24jähriger Arbeiter und dessen 15jähriger Bruder ertrunken.

Ein ungeratener Sohn. In Duisburg versuchten zwei 17jährige Burschen die 36jährige Inhaberin eines Kolonialwarengeschäfts im Schlafe zu überfallen und ihrer Barschaft zu berauben. Die Frau setzte sich aber energisch zur Wehr und überwaltigte die beiden, die darauf entflohen, aber eingeholt und verhaftet wurden. Wie sich herausstellte, war der Anstifter der Tat der eigene Sohn der überfallenen.

Wen trifft die Schuld? Nachts wurde in Regensburg der verheiratete Schuhmann Guggenberger von mehreren von der Kirchweih kommenden Burschen überfallen und mit seinem eigenen Säbel derart zugerichtet, daß er tot liegen blieb. Die Leiche wies über 50 Stieh- und Stichwunden auf. Die Täter wurden verhaftet.

Aus der göttlichen Weltordnung. In vorherflössener Nacht versuchte der 36 Jahre alte Agent Kuhn in Landau seine achtjährige Tochter zu töten, indem er den Gashahn öffnete. Das Kind konnte gerettet werden. Kuhn verübte hierauf Selbstmord durch Erhängen. Das Motiv zur Tat dürften Mahrungsfragen sein.

Mord und Selbstmord. Der 23jährige Tagelöhner Johann Stebb von Marienstein hat in der Nacht vom Montag zu Dienstag, als er aus einer Gastwirtschaft zurückkehrte, zwei Revolverkugeln auf seine Eltern abgegeben. Der Verhaftete schoß sich hierauf zwei Kugeln in den Mund und verletzte sich so schwer, daß er wenige Minuten später starb.

Schwere Automobilstatistik. Gestern früh ereignete sich, 19 Kilometer von Tours entfernt, in der Gemeinde Cormery eine furchtbare Automobilstatistik. Drei Studenten der Medizin von der Universität in Tours hatten in einem bloß für fünf Personen berechneten Kraftwagen eine Fahrt in die Umgebung von Tours unternommen. Als das Automobil einen Hügel hinabfuhr, verlor der Lenker die Herrschaft über den Wagen, dieser überschlug sich und fiel in einen Friseurladen. Drei Studenten waren sofort tot. Zwei andere sind im Laufe des Tages gestorben, während die fünf übrigen in schwerem Zustand nach dem Hospital gebracht werden mußten.

Explosion eines Pulvermagazins. Gestern früh explodierte das Pulverlager in Buffaluto bei Larent. Alle Fenster der Stadt wurden eingedrückt. Die Bürger liefen jammern auf die Straße, da sie an ein großes Erdbeben glaubten. Die Gebäude der Pulverlager stehen in Flammen. Wieviel Menschenleben an Offizieren und Soldaten die Katastrophe gefordert hat, ist noch unbekannt.

Schiffsuntergang auf dem Nil. Nach einer telegraphischen Meldung aus Alexandria ist ein mit eingeborenem Landeuten vollbesetztes Schiff, das auf dem Nil von Kafrel Jaiat nach Dessouf zum Markt fuhr, am 6. August untergegangen. 36 Leichen sind geborgen worden. Man besfürchtet, daß nahezu hundert Personen ertrunken sind.

Die Rache des Mieters. In Rom hat ein Gesäßhändler seinen Laden geschlossen und an ihm die folgende Inschrift angebracht:

„Dieser Laden wird wegen Erhöhung der Miete von 78 auf 235 Lire monatlich geschlossen; durch diese Steigerung zeigt der Hausbesitzer seinen Dank für 25jährige Pünktlichkeit.“

Die römische Bevölkerung, die schwer unter den Hausbesitzern zu leiden hat, hat mit großer Genugtuung den Racheakt des Mieters zur Kenntnis genommen. Freilich bleibt ihr nichts als diese Genugtuung; die beständig steigenden Mieten muß sie trotzdem aufbringen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Läden.

„Entschuldigen Sie, wenn ich Ihre Gedanken störe. Ich habe Ihnen einen Auftrag zu übermitteln.“

„Guten Morgen? Von wem?“

„Sie meinetlich sich doch, mich zu sehen.“

„Wer nichts verbrochen hat, kann auch nichts geschehen.“

„Das ist unbedeutend. Wenige Markt.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

„Der Herr Professor hat sich nicht mehr um mich gekümmert.“

